

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark, vierteljährlich 7,50 Goldmark, halbjährlich 13,50 Goldmark, jährlich 25,00 Goldmark. Ausland 30 Goldmark. Postzuschlag 10 Goldmark. Einmalige Anzeigen 10 Goldmark. Mehrere Anzeigen 50 Goldmark. Einmalige Anzeigen 10 Goldmark. Mehrere Anzeigen 50 Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreise:
Die einseitige „Kampfbanner“-Zeile 0,70 Goldmark, Restzeile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark, jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben ablesen für zwei Worte. Familienanzeigen für 14 Tage 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Sonntag, den 30. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polizeikonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Dietrichs-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Mit Dawes nach Damaskus!

Alles angenommen! — Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz! — Die Deutschnationalen verkaufen sich für Ministerstühle!

Der Reichstag hat gestern, Freitag nachmittag, wie der „Vorwärts“ bald nachher durch ein Extrablatt mitgeteilt hat, in namentlicher Abstimmung das Eisenbahngesetz mit 314 gegen 127 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, angenommen. Vorher waren die anderen Gesetze mit einfacher Mehrheit angenommen worden, und zwar: das Bankgesetz mit 259 gegen 172 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Industrieobligationsgesetz mit 260 gegen 176 Stimmen bei einer Enthaltung, das Gesetz über Liquidierung des Rentenmarkumlauts mit 262 gegen 172 Stimmen bei einer Enthaltung, das Ausbringungsrecht mit 261 gegen 173 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Mantelgesetz und Entschleunigungen wurden in gewöhnlicher Abstimmung, also ohne Festsetzung des Stimmenverhältnisses, angenommen.

Neunundvierzig Deutschnationalen, fast genau die Hälfte der Fraktion, haben gestern für das Eisenbahngesetz gestimmt, indem sie in der einen Hand rote Klein-Zettel hielten und mit der anderen weiße Groß-Zettel abgaben. Als ein Akt der Selbstverherrlichung wäre diese noch nie erlebte Art der Abstimmung geistreich gewesen als ein lebendes Bild zu dem Bibelwort: „Laß deine rechte Hand nicht wissen, was die linke tut.“ Das sonderbare Manöver hätte aber einen anderen Zweck: Die Deutschnationalen fürchteten, die Sozialdemokraten könnten, wenn sie ihren Umfall bemerkten, Abkommandierungen vornehmen, um den Fall des Gesetzes und die Auflösung herbeizuführen.

So sehr waren diese neunundvierzig Deutschnationalen auf die Sicherung des „zweiten Versailles“ und die „hoffnungslose Verflistung des deutschen Volkes“ erpicht, daß sie eine kleine Kriegsliste für angebracht hielten, um die dazu nötigen Gesetze nur ja ganz sicher in den Hafen zu bringen.

Die Vorsicht war ganz überflüssig. Die sozialdemokratische Fraktion hatte kurz zuvor eine Sitzung abgehalten. Mit dem bevorstehenden Umfall der Deutschnationalen wurde ziemlich allgemein gerechnet. In dieser Sitzung wurde es aber allgemein als ganz selbstverständlich erachtet, daß sich an der sachlichen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion nicht das geringste ändern dürfe, und daß alle Fraktionsmitglieder bis auf den letzten Mann für das Eisenbahngesetz zu stimmen hätten. Die Sozialdemokraten dachten nicht daran, das schmutzige Manöver der Deutschnationalen mit etwas Ähnlichem zu beantworten.

Die Sozialdemokratie hat schließlich die Auflösung gewünscht. Aber sie dachte nicht daran, dieses tatsächlichen Zieles wegen irgend etwas an ihrer grundsätzlichen Haltung zu ändern. Sie dachte nicht daran, selber das zu gefährden oder preiszugeben, wofür sie seit Jahren mit Zähigkeit gekämpft hat.

Die Annahme der Dawes-Gesetze durch diesen Reichstag — sogar durch diesen! — ist rein sachlich gesehen, ein ungeheurer Erfolg der sozialdemokratischen Politik. Die Sozialdemokratie hat vom ersten Tage an, zuerst in fast völliger Isolierung, für die Annahme und Durchführung des Dawes-Plans gewirkt. Ja, die Annahme der zur Ausführung notwendigen Gesetze durch diesen Reichstag — sogar durch diesen! — ist ein unerhörter Triumph der sozialdemokratischen, auf Verständigung und Vertragserfüllung gerichteten Außenpolitik über die wüste Demagogie der nationalistischen Phrasen.

Diese Demagogie liegt zerschmettert am Boden. Es ist aus mit der Partei, die sich fünf weltgeschichtliche Minuten lang rühmen durfte, die größte Deutschlands geworden zu sein; es ist aus mit der deutschnationalen Partei! Gleichgültig, ob sich die Partei heute noch spalten wird, wie manche wissen wollen, oder ob um die geplagte Lonne ein verrottester Reif gelegt wird, es gibt kein ernst zu nehmendes politisches Gebilde mehr, das Deutschnationalen heißt. Die Teile mögen versuchen, ob sie für sich lebensfähig sind, das Ganze ist politisch und moralisch unmöglich geworden, es ist eine Lächerlichkeit, eine Berächtlichkeit, ein schmutziger Trümmerhaufen und weiter nichts.

Für die Auffassung der Deutschen Volkspartei ist es kennzeichnend, daß nach ihr die Deutschnationalen in dem Augenblick regierungsfähig geworden seien, in dem sie sich in einer Weise, deren gleichen die Geschichte nicht kennt, öffentlich selbst geohrfeigt und prostituiert haben.

Die Deutsche Volkspartei hat den Deutschnationalen als Preis für ihren Umfall schriftlich — den Kaufvertrag publizieren wir an anderer Stelle — einige Ministerportefeuilles im Reichskabinett zugesagt. Ist das der Bürgerblock? Wir

wollen es getrost abwarten. Vielleicht ist es nur die Bürgerblock-Platte.

Juristen mögen sich den Kopf darüber zerbrechen, inwiefern jener Kaufvertrag Geltung gewonnen hat. Die deutschnationalen Partei hat nur zu 50 Prozent an dem Zustandekommen des Londoner Paktes mitgewirkt, also hat sie nach dem Berliner Pakt wohl auch nur Anspruch auf 50 Prozent des Kaufpreises. Hergt, Bestarp, Schlange-Schönungen haben gegen das Eisenbahngesetz gestimmt, sind also wohl auch nicht regierungsfähig geworden. Aber noch mehr, die Deutschnationalen haben sozusagen „geschlossen“ gegen alle Gesetze zur Ausführung des Londoner Vertrags gestimmt — bis auf das eine, zu dem gerade wegen der Zweidrittelmehrheit ihre Zustimmung erforderlich war. Als diese kritische Abstimmung vorüber war, erwachten auch wieder pünktlich die deutschnationalen Ueberzeugungstreue und der deutschnationalen Mannesmut. Es war zum Heulen schön, wie jetzt wieder alle Deutschnationalen tapfer gegen die weiteren „Verflistungsgesetze“ stimmten, bei denen es auch ohne sie ging.

Auch gegen das Eisenbahngesetz hatten die Deutschnationalen bei der Einzelabstimmung der dritten Lesung noch geschlossen gestimmt, erst zwanzig Minuten später, bei der Schlussabstimmung, fiel die Hälfte von ihnen um.

Wenn die Volkspartei nun meint, solche Verdienste um den Staat müßten auch gebührend belohnt werden, so wird es, auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei, Leute geben, die diese Meinung nicht teilen. Auch bei den Demokraten und einem Teil des Zentrums herrscht über das Schachergeschäft, das die Volkspartei hinter ihrem Rücken abgeschlossen hat,

helle Entrüstung. Diese Entrüstung wird von allen anständigen Menschen geteilt werden.

Der Bürgerblock ist noch nicht fertig, aber mag er kommen, so wird er sehr bald mit einer fürchterlichen Platte enden. Als erste Morgengabe soll den umgefallenen Deutschnationalen heute die Zollvorlage entgegengebracht werden. Damit ist der innere Kampf, der Kampf um die Lastenverteilung, eröffnet, in dem die Sozialdemokratie ihren Mann stehen wird.

Am Ende des Bürgerblockexperimentes steht der Zusammenbruch der bürgerlichen Politik in Deutschland, die Zerlegung der Mittelparteien und ein neuer gewaltiger Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie.

Auf die offene Feldschlacht der Reichstagswahlen hatte sich die ganze Partei gefreut, sie war von Kampfesfreude auf die tiefste erfüllt. Die Gelegenheit der großen Auseinandersetzung ist uns entgangen. Die Kampfesfreude wird uns erhalten bleiben. Der Tag der Abrechnung kommt, er wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die deutsche Sozialdemokratie grüßt an diesem Tag, der den Zusammenbruch der nationalistischen Demagogie und ihren Anstrengungen um die Verstäubung der Wälder einen geschichtlich bedeutungsvollen Erfolg gebracht hat, die Sozialisten der anderen Länder, vor allem Frankreichs, Belgiens und Englands. Sie wird als Hüterin der Vertragstreue weiter machen und sie wird nicht dulden, daß der deutsche Arbeiter von den Regierern des Bürgerblocks zum Paria und Lohnbrüder der ganzen Welt gemacht wird.

Kampf, Kampf und abermals Kampf!

Hergts großes Wunder.

Wie die Deutschnationalen ihren Idealismus verkaufen.

Es gibt in der Geschichte der politischen Parteien aller Länder kein Beispiel für einen so schmachvollen Umfall, wie ihn die Deutschnationalen gestern vollzogen haben. Niemals ist ein so schändlicher Schacher mit Befinnung betrieben worden, niemals hat eine so schamlose Preisgabe aller feierlichen Versicherungen, aller Grundlagen der Parteiauffassung stattgefunden. Die größte Heuchelei der Geschichte ist durch den deutschnationalen Umfall enthüllt. Diesen entlarvten Händlern und Schachern muß ein Spiegel entgegengehalten werden. Wir halten ihnen entgegen, was sie bis in die letzten Tage hinein gesagt haben, damit die Deffentlichkeit das Maß ihrer Heuchelei ermessen kann. Zunächst lassen wir die deutschnationalen Urteile über das Gutachten nach seiner Veröffentlichung folgen:

„Heller Wahnsinn.“

„Im ganzen aber kann und muß schon heute mit allem Nachdruck gesagt werden, daß die Vorschläge der Sachverständigen wirtschaftliche Zumutungen an Deutschland stellen, die zum größten Teile heller Wahnsinn sind. Daß sie nicht einmal in einer Gesamtbegrenzung der Reparationen letztes Ziel und letzte Grenze zeigen, macht sie unter diesen Umständen noch unerträglich. Wenn es deshalb in dem Schreiben des Generals Dawes heißt, die Zurückweisung dieser Vorschläge durch Deutschland würde im Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstricken, so können wir nur sagen: Ein grauenvolleres Elend, als Deutschland durch die Zustimmung zu derart wahnwitzigen Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkbar. Ihnen gegenüber kann es nur heißen: Lieber ein Ende mit Schreden als ein Schreden ohne Ende!“

Herr Paul Baedeker, der diese Zeilen in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 10. April schrieb, hat gestern für den Wahnsinn, für den Wahnwitz gestimmt, er hat „den Schreden ohne Ende“ dem „Ende mit Schreden“ vorgezogen. Ein Held und wahrhafter Mann!

„Das zweite Versailles.“

Unter dieser Ueberschrift schrieb am 18. April Helfferich in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Aber auch die Verantwortung für die Annahme der Experten-vorschläge ist ebenso groß, wie es die Verantwortung für die Unterzeichnung des Versailler Diktats war. Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Ver-

pflichtungen und der Fluch der Sünde wider den Geist hat fünf Jahre lang auf Deutschland gehaftet und das deutsche Volk hart an den Rand des Untergangs geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch von neuem auf sich lädt.“

Sie haben für das zweite Versailles gestimmt! Sie hätten in Weimar für das erste Versailles in ähnlicher Situation gestimmt! Heute weiß man, was es mit der verlogenen Demagogie der „Sünde wider den Geist nationaler Selbstbehauptung“ auf sich hat.

Vor der Konferenz von London begannen die Deutschnationalen zu wecheln. Gleich nach den Wahlen gab Herr Hergt zu verstehen, daß sie sich ihre „nationale Gesinnung“ abhandeln lassen möchten. Die deutschnationalen Wähler und Mitglieder wurden unruhig. Da bemühte sich Graf Westarp, in der „Kreuzzeitung“ vom 12. August ihnen zu versichern, daß die deutschnationalen Politik klar und eindeutig sei:

„Klarheit und Eindeutigkeit.“

„An der nötigen Klarheit und Eindeutigkeit der deutschnationalen Erklärungen hat es nicht gefehlt. Es kommt nun also auf die Glaubwürdigkeit an, die man ihnen beimißt, und auf den höheren oder geringeren Grad des Vertrauens in ihre Festigkeit.“

Die Glaubwürdigkeit deutschnationaler Erklärungen ist gleich Null — das ist die Lehre von gestern!

Am Ende der Londoner Konferenz begann nun ein müßig verlogener, heckerischer Kampf gegen das Ergebnis von London:

„Kampf mit aller Kraft.“

„Der Nährstand liegt am Boden, der Bucher- und Händlergeist triumphiert, und schon rüstet sich auch das internationale Kapital, sich auf dem Wege des sogenannten Dawes-Gutachtens an dem allgemeinen Raub gegenüber dem landwirtschaftlichen Produktionsstand zu beteiligen. Deshalb kämpft das Landvolk gegen das Dawes-Gutachten mit aller Kraft, die ihm innewohnt.“ (Deutsche Tageszeitung vom 12. August.)

„Das Schandgutachten.“

„Wir lehnen es ab, durch Annahme des Dawes-Gutachtens zu Sklaven der Feindstaaten zu werden, und verlangen Ablehnung des Schandgutachtens, in dem wir ein zweites, noch

vernichtendes Versailles sehen." (Resolution des Landbundes Oberbarnim vom 12. August.)

"Annehmbar — am Grabe der Hoffnungen."

"Unsere Stellung zu dem voraussetzlichen Entschluß der Regierung brauchen wir nicht mehr auseinanderzusetzen. Für uns bleibt das Dawes-Gutachten schon allein wegen der einjährigen Räumungsfrist unannehmbar." („Kreuzzeitung", 16. August.)

"Deutschland steht wieder einmal am Grabe seiner Hoffnungen. Wir nehmen das Sachverständigen Gutachten mit allen seinen Vorzügen in Kauf, aber Deutschlands Zustimmung bringt nicht die Befreiung von Rhein und Ruhr. Und am Sonnabend hatte sich Deutschland dem Diktat der Gegenseite fast bedingungslos unterworfen. Mit der brüchigen „Lösung" ist das Hauptziel unserer Bemühungen, die sofortige Befreiung des Ruhrgebiets von fremdem Druck, nicht erreicht." („Kreuzzeitung", 18. August.)

"Unbefriedigend — größte finanzielle Verflawung."

"Das Ergebnis von London ist aus all diesen Gründen durchaus unbefriedigend; es entspricht nicht den Zusagen der deutschen Reichsregierung; es legalisiert einen der erbärmlichsten Raubzüge der Weltgeschichte und bildet dadurch einen Anreiz für spätere neue Gewalttaten, und es bietet keinerlei ausreichende politische Gegenleistung für die Annahme der größten finanziellen Verflawung, die jemals durchgeführt worden ist, des Dawes-Planes." („Deutsche Tageszeitung" vom 18. August.)

"Hundertprozentige Verflawung."

"Wenn also von der Regierungspresse Erfolge in die Welt posant werden, so ist das weiter nichts als Stimmungssache. Erreicht wurden meist glatte Ablehnungen, bestenfalls Versprechungen. Nicht 100 oder auch nur 66% Proz. des vollen Erfolges sind erreicht, sondern die volle hundertprozentige Verflawung Deutschlands durch die Weltfinanz." („Deutsche Zeitung" vom 18. August.)

Für das Schandgutachten, die volle hundertprozentige Verflawung Deutschlands, für die Legalisierung des erbärmlichsten Raubzuges der Weltgeschichte hat die Hälfte der deutschnationalen Fraktion gestimmt! Wer glaubt ihnen noch ein Wort?

Aber vielleicht sagt man, die Presse der Deutschnationalen sei nicht die Partei? Am 15. August erklärte die deutsch-nationale Parteileitung:

"Ablehnung."

"Das Kompromiß, das nach den bisher vorliegenden Meinungen die Zustimmung der deutschen Vertretung in London und der Reichsregierung gefunden zu haben scheint, widerspricht in entscheidenden Ehrenpunkten den Forderungen, mit denen die deutschnationalen Reichstagsfraktion sich zu Trägern der Entscheidungen weitestest Volkstreue gemacht hatte. Es scheint aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht nur keine Verbesserung, sondern sogar z. B. in den Fragen der Sachleistungen und des Transfers eine wesentliche Verschlechterung der Vorschläge der Sachverständigen zu bringen. Die Zustimmung des Reichsaussenministers, die Schuldfrage in einer dem deutschen Ehrenstandpunkt entsprechenden Weise in London zur Sprache zu bringen, ist bisher nicht eingeleitet. Nach alledem ergibt sich die Stellung der deutschnationalen Fraktion von selbst, sie kann nur „Ablehnung" lauten."

Am 21. August bekräftigte die deutschnationalen Reichstagsfraktion diese Entschliessung durch folgende parteiamtliche Mitteilung:

"Einmütige Beharrung."

"Die deutschnationalen Reichstagsfraktion, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion, nahm am Donnerstag einen eingehenden Bericht des Parteivorstandes entgegen. Sie sprach zu der bisherigen Haltung der Parteileitung, insbesondere zu der Veröffentlichung vom 15. August 1924 einmütig ihre Zustimmung aus. Sie stellte ferner einmütig fest, daß sie nach wie vor auf dem in ihren sieben Punkten und in der Rede des Abgeordneten Hoehsch vom 26. Juli festgelegten

Standpunkt beharrt. Sie ist sich dabei ihrer Verantwortung voll bewußt und ist überzeugt, daß sie mit dieser Haltung den Interessen und der Stimmung ihrer Parteifreunde in den besetzten Gebieten entspricht."

Als Zweifel laut wurden, daß die Deutschnationalen dennoch umfallen würden, erließ die Parteileitung am 22. August folgende Mitteilung:

"Unbedingt und ohne Rücksicht ablehnen."

"Die maßgebenden Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion wenden sich gegen die Interpretation, die der gestrige deutsch-nationale Fraktionsbeschuß gefunden hat, als wäre damit immer noch die Möglichkeit zu einem „All-fall" offengeblieben. Sie betonen demgegenüber, daß die deutschnationalen Fraktion das Dawes-Gutachten und die mit ihm zusammenhängenden Gesetze unbedingt und ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen aus außenpolitischen Gründen ablehnen werde. Anders könne auch der Fraktionsbeschuß gar nicht ausgelegt werden, denn er beziehe sich ausdrücklich auf die früheren Beschlüsse und Erklärungen der Fraktion, die die Ablehnung des Londoner Verhandlungsergebnisses klar aussprachen."

Und nun der Höhepunkt! Am 25. August sprach Hergt im Reichstag:

"So aber bleibt uns nichts anderes übrig, als alle diese Gesetze abzulehnen."

Und Sie wollen ruhig abwarten, wie die Ablehnung am nächsten Donnerstag ausfällt...

Wie gehen unseren Weg, wie unser Gewissen ihn vorschreibt. Ich möchte beinahe sagen,

hier siehe ich, ich kann nicht anders.

Wenn wir um Einfluß in Ländern und um Regierungssitze hätten buhlen wollen, hätten wir unsere Überzeugung jetzt leicht ändern können. Aber wir verzichten darauf um unseres Idealismus willen."

Sie konnten auch anders! Gestern nahmen sie die Gesetze an, und eine Kundgebung der deutschnationalen Parteileitung kündigt an, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintreten. Sie haben um Regierungssitze gebuhlt, sie haben ihre Überzeugung, sie haben ihren „Idealismus" verkauft und verschachert!

Ihre Partei wird künftig nicht anders heißen als die Partei der Lügner und gesinnungslosen Schacherer!

Die Halbierten.

50 Proz. nein, 50 Proz. ja!

Die deutschnationalen Fraktion hat sich in zwei fast haargenau sich deckende Hälften gespalten. Die eine Hälfte — netto 50 Mann stark — wahrte die „Rebelungentreue" an den „heiligsten Interessen der Nation". Die andere aber — 49 Reden — fielen auf die weiche Seite der Futtertruppenwirtschaft. Sie schlochten den „Schandvertrag", das „zweite Versailles", den „Schrecken ohne Ende", um der lockenden Ministerposten willen.

Man wird sich die Namen der Zielbewußten beider Richtungen merken wollen. Deshalb sehen wir sie zum ewigen Angedenken hierher.

49 Ja-sager:

Bachmann, Baedeker (Berlin), Dr. Barth, Bazille, Behrens, Biener, Fürst Bismarck, Christ, Döberich, Domisch, Dorich, Dröbner, Fietzer, Dr. Gercke, Glaser, Dr. Hanemann, Häufe, Hartwig, Harz, Hoehsch, Hüller, Julier, v. Kemnitz, v. Keudell, Klönne (Dorfmund), Koch (Düsseldorf), Krüger (Hoppentrade), Lambach, Lejeune-Jung, Leopold, Lindner, Marekly, Graf v. Merzdorf, Mumm, Neuhaus (Düsseldorf), Paul, Reichert, v. Richterhofen (Breslau), Rippel, Sachs, Schneider, Siller, Dr. Spahn (Aöln), v. Stauffenberg, Strathmann, v. Tiersch, Veidt, Vogt, Wallraf.

50 Nein-sager:

Berndt, Brelbaum, Bruhn, Budjahn, v. Dewig, Dietrich (Breslau), Graf Eulenburg, Dr. Coerling, v. Freytagh-Loringhoven, Geisler, Graf, v. Goldacker, Groef-Thüringen, Haag, Hartmann, Hermeier, Henkel, Hergt, Jandrey, Kaperranz, Bogemann, Bohmann, Matlewig, Ranke, Martin, Müller-Ostried, Oberhofren, Ohler, Philipp, Quack, Rieseberg, Roth (Mürttemberg), Schlang (Schöningen), Schmidt (Hannover), Schmidt (Stettin), Schott, Schulz (Bromberg), Schulze (Frankfurt a. d. O.), v. Sperber, Steiniger, Stubbendorff, Thomsen, Trevisanus, Wege, Dr. Werner, Westarp, Wienbed, Wischnowski, Wolf (Ecklin), Wormit.

Gesetzt haben 6 Abgeordnete, nämlich Frau Behm, Hugenberg, Körner, Lind, Schiele, Weinböck.

Wir haben die Namen der in besetzten Gebieten gewählten oder dort wohnenden Deutschnationalen gesperrt gesetzt. Man kann daraus entnehmen, daß keiner von ihnen zu den Nein-sagern gehörte! Bemerkenswert ist auch, daß fast alle sogenannten „Arbeitervertreter" bei der Großagrariarierpartei für die Annahme des Londoner Paktes gestimmt haben. Zu den Ja-sagern gehören fast alle im industriellen Sachen Gewählten.

Aber in Zukunft werden alle deutschnationalen patriotischen Parolen immer begleitet werden mit der treudeutschen Versicherung: „Nu, sagen wir die Hälfte...!"

Der Kaufvertrag.

Brief der Volkspartei an die Deutschnationalen.

Zur Bestätigung des Paktes, der den Deutschnationalen für ihren Unfall mehrere Stellen in der Reichsregierung sichern soll, richtete die Deutsche Volkspartei im Laufe des gestrigen Tages an die deutsch-nationale Reichstagsfraktion folgendes Schreiben:

In entscheidender Stunde wendet sich die Fraktion der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen.

Wir haben volles Verständnis dafür, daß in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei bittere Enttäuschung über das in London nicht Erreichte herrscht. Wie teilen diese Enttäuschung. Der Londoner Pakt ist nur erklärlich, wenn man ihn als einen ersten Schritt in der Richtung der Reueinstellung der weltpolitischen Lage zu Deutschlands Gunsten und zugleich als das einzige heute gegebene Mittel zur Befreiung von Rhein und Ruhr aus den Fesseln der französisch-belgischen Pfänderei betrachten. Es kommt aber darauf an, auf diesem Wege zielbewußt voranzuschreiten und mit allen Kräften das nachzuholen, was in London noch nicht durchgeführt werden konnte. Zur Wirtmachung an dieser Zukunftsaufgabe rufen wir die Deutschnationalen Volkspartei auf. Wir haben seit den Reichstagswahlen danach gestrebt, die wertvollen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit an den Reichsgeschäften heranzuziehen. Wir erklären heute, daß wir diese Mitarbeit bei der Durchführung des Londoner Paktes und des innerpolitischen Aufbaues für notwendig halten. Ueberrimmt die Deutschnationalen Volkspartei die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes mit uns, wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen.

Dieser Standpunkt haben unsere Vertreter bei allen Ausproben der letzten Woche eingenommen. Wir halten es für unsere Pflicht, dies auch ausdrücklich zu wiederholen.

Bisher wollten die Deutschnationalen die Mitwelt glauben machen, daß sie eine Partei von Helden sei. Der Brief der Stresenmänner beweist, daß sie, wenigstens zur Hälfte, ins Volk der Händler übergegangen sind.

Spaltung der Deutschnationalen?

Die Express-Korr. meldet: Es verlautet, daß etwa 30 Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion infolge der Zustimmung von 49 Deutschnationalen zum Eisenbahngesetz aus dieser ausscheiden und sich den Deutschvölkischen anschließen wollen.

Ein belangloses Erlebnis.

Von Bruno Vogel.

Mein Freund Karl erzählte:

Es ist ein gänzlich belangloses Erlebnis. Aber es stimmt mich immer traurig, wenn ich daran denke.

Durch irgendeinen Zufall war ich in die Versammlung einer deutschvölkischen Jugendgruppe geraten. Ein Greis hockte hinter dem Rednerpult und krächzte über „Das Gebot der Stunde". Mit historischen, kulturpolitischen, biologischen, ethischen und anderen Argumenten bewies er die Unentbehrlichkeit des Krieges und seinen Wert für die Höherentwicklung des Menschengeschlechts. Kräftiger Beifall unterbrach oft seine scharfgeschliffene Rede und zeigte, wie der verdorrte Verdränger es verstand, seine jugendlichen Zuhörer zu beeinflussen.

Nach dem Vortrag erschien zur allgemeinen Bewunderung ein junger Mensch auf der Tribüne.

„Dieser Herr", erklärte der Versammlungsleiter, „wünscht einen Einwand gegen die Ansicht unseres verehrten Führers vorzubringen."

Unwilliges Zögeln und empörte Zurufe ließen ahnen, daß die deutschvölkische Jugend diesem Unterfangen ziemlich ablehnend gegenüberstand.

„Ich bitte, diesen Herrn ungestört sprechen zu lassen, dann werden wir wissen, wie wir uns mit seiner irrigen Meinung auseinanderzusetzen haben."

Der tobende Protest wurde Schweigen. Etliche hundert Jungen starrten dem Mann mit der irrigen Meinung haß, hoch, Berachtung entgegen.

Der begann:

„Nicht weiß ich, ob die vielen Millionen Toten des Weltkrieges ganz der gleichen Überzeugung wären wie euer verehrter Führer. Aber sie sind schon lange verfault und haben nichts zu sagen."

Den Lebenden gehört die Welt.

Es war in Polen.

Nach für Nacht konnten die Russen gegen unsere Stellung an. Meist kurz vor Mitternacht sahen wir sie über den Ramm der Geländeweile im Osten gleich schwarzen Fackeln huschen. Dann flackerten überall die stummen Hülfen der roten Raketen empor, und schon rasste der Hegenabbat der Artilleriegeschosse über uns weg und entzündete 800 Meter vor uns eine funkenzuckende Brandung des Verderbens.

Bismarck zeigte eine Leuchtugel den Sappenposten, wie nachdrücklich das deutsche Speerfeuer die Feinde zu Leichen verbrachte.

Nach zwanzig, dreißig Minuten war alles getan. Das Artilleriefeuer verstummte allmählich, und nur noch vereinzelt Knallen zielloser Geschosse oder mähmütiges Kläffen eines Maschinengewehrs störte die Stille des Schlachtfeldes. Bald glühte hinter den feindlichen Linien die Morgenröde eines neuen Tages auf, und die Sommerförm

begann die russischen Sturmwellen der vergangenen Nächte zu stinkender Fäulnis zu kochen.

Wenn der Wind von Osten kam, dann mußten wir uns erbrechen und konnten nichts mehr essen, bis er sich wieder drehte.

Sechzehn Nächte waren so verfloßen, die siebzehnte verlief etwas anders.

Der Sturmangriff war gegen 12 Uhr zusammengebrochen, wie sonst wurde es stiller. Nur ein einziges russisches Geschütz feuerte weiter, in ziemlich regelmäßigen Zeitabständen zwischen uns und die feindlichen Gräben — lauter Blindgänger.

Anfangs lachten wir über die vielen Festschurken, alle zwei Minuten eine, dann fiel uns das widerwärtige Kreischen ein wenig auf die Nerven. Es klingt häßlich, gellend, wie manchmal Straßenbahnwagen, wenn sie durch Kurven fahren.

„Verdammt, kann sich die blöde Kanone denn gar nicht beruhigen?"

„Als ob die Idioten nicht wenigstens mal zur Abwechslung ihren Riß wo anders abladen könnten!"

Es wird quälend.

Wie eine aufdringliche, scheußliche Halluzination, die man gern verschrecken möchte — man weiß genau, daß es nur ein Traumgespenst ist — und die unerträglich notwendig immer wieder zurückkehrt und das übermüdete Hirn peinigt.

Wir warten, bis die zwei Minuten um sind.

Sie werden immer länger, die Schreie der Blindgänger füllen sie mit sinnloser Furcht.

„Wenn es bloß bald hell werden möchte!"

Endlich dämmert der Morgen.

Und wir erkennen, daß es keine Blindgänger sind, die so kreischen. Sondern ein Mensch. Alle zwei Minuten sehen wir ihn, ungefähr 300 Meter vor unserem Drahtverhau. Alle zwei Minuten schnell ihn unsagbar grausame Qual ein Stück über den Boden, wogerecht liegt er einen Augenblick in der Luft, krümmt sich und fällt nieder. Wie Fische auf dem Trocknen. Dabei schreit er so wie ein Blindgänger.

Alle zwei Minuten sehen wir das.

„Es ist nicht auszuhalten!" stößt heiß jemand von unserer Bedienungsmannschaft.

Ja, es ist nicht auszuhalten. Wir richten unser Maschinengewehr ein.

Alle zwei Minuten schießen wir.

Der ganze Abschnitt feuert auf den armen Russen.

Das Grauen ist kein guter Schütze, erst gegen 1/5 Uhr haben wir ihn getroffen.

Die entsetzliche Zeit der zwei Minuten war vorüber."

Die Augen der deutschvölkischen Jungen, die vorher so fanatisch und höflich gesunkelt hatten, waren weicher geworden, nachdenklich oder erschüttert.

Weiter sprach der Mann mit der irrigen Meinung:

„Eine Frage möchte ich an euch richten, ihr Jungen, die ihr noch ein Leben voller Hoffnungen und Werte vor euch habt. Wenn

ein jeder von euch genau wüßte, daß er morgen, daß er jemals in seinem Leben so sterben muß wie jener Russe, hieltet ihr dann auch noch den Krieg für das Gebot der Stunde?"

Wenn ihr wüßtet — "

Da zerkerte die Krähenstimme des verehrten Führers: „Haut den Schurken!"

Die nun folgende Viertelstunde brachte dem Schurken und mir die Überzeugung bei, daß das dort versammelte edle Germanenblut überaus heldenhaft zu prägen verstand, eine subjektive Empfindung, die durch die Diagnose eines Arztes ihre objektive Bestätigung erhielt. Wie gesagt, ein gänzlich belangloses Erlebnis.

Aber dennoch, es stimmt mich immer traurig, wenn ich daran denke: Als diese jungen Menschen von dem Ende jenes fremden Russen hörten, da wurden ihre Augen nachdenklich.

Die neue Frau des fernen Ostens.

„Es ist die tägliche Pflicht der Ehefrau, ihren Gatten mit freundlichen Blicken und liebenden Worten zu empfangen, wenn er nach Hause zurückkehrt. Sie muß ihm stets Freude bereiten. Wenn sie ihm bei seiner Arbeit hilft, so hat sie ihm strengen Gehorsam zu leisten, und in der häuslichen Mühe muß sie jeden Pant und Streit vermeiden, wenn sie ihm widerspricht, so darf sie dies nur in ruhiger und demütiger Weise geschehen. Mangete Harmonie zwischen der Mutter des Gatten und ihrer Schwiegertochter rührt in den meisten Fällen von dem Ungehorsam und der Pflichtvergessenheit der letzteren her." Diese Sätze, die der modernen Europäer recht merkwürdig klingen mögen, stammen aus einem Schulbuch, wie es auf den japanischen Mädchenschulen in Gebrauch ist. Solche Anschauungen stimmen wenig überein mit dem, was die neue Frau im fernen Osten für sich und ihre Schwiegertochter durchsetzen will. Aber sie zeigen zugleich, wie schwer es ist, im Orient die Ideen der Selbstständigkeit und der Freiheit der Frau durchzusetzen. So ist denn die Frauenbewegung im fernen Osten, soviel auch von ihr geredet wird, noch immer in den ersten Anfängen. Eine genaue Kennerin des Ostens, Jane Capendish, die lange Zeit in China und Japan gelebt hat, schreibt darüber:

„In den letzten Jahren zeigen die Frauen des fernen Ostens im allgemeinen und die von Japan im besonderen eine wachsende Entschlossenheit, sich aus dem Zustand der Unfreiheit, in dem sie seit unvorstelligen Zeiten leben, zu befreien. Aber trotzdem ist der Unterschied zwischen westlichen und östlichen Anschauungen über Frauenrechte einer der stärksten Abgründe, die noch zwischen dem Abendland und dem Morgenland klaffen. Dabei darf man nicht etwa glauben, daß die Frauen in China und Japan ohne Macht sind. Die Pflicht der Kinder, die im Osten wie eine religiöse Sitte eingehalten wird, unterwirft die Kinder dem Willen der Mutter, die dadurch in der Familie eine ausschlaggebende Stellung einnimmt. Aber die Herrschaft der Mutter in der Familie hat mit Frauenemanzipation nichts zu tun, und es wäre eine Uebertreibung, wenn man in China bereits von einer allgemeinen Frauenbewegung sprechen wollte. Nur einzelne Zeichen deuten auf kommende Umwälzungen hin. Die Fußverstümmelung der Chinesinnen ver-

Angst vor der Sozialdemokratie.

Offizielle Begründung des Umfalls.

Von der deutschnationalen Parteileitung wird folgende Mitteilung verbreitet:

Die beiden Anschauungen, die bei der Abstimmung der deutschnationalen Volkspartei zum Eisenbahngesetz in Erscheinung traten, beruhen selbstverständlich nicht auf einem Gegensatz der Grundauffassungen, sondern lediglich auf der differenzierten Beurteilung der Lage. In der Beurteilung des Londoner Abkommens, der Notwendigkeit seiner Verbesserungen, der Gefahren eines drohenden Linksrucks sind alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion einig. Bei dieser gemeinsamen Grundauffassung haben die Abgeordneten, die mit „Nein“ stimmten, den Gedanken der Unzerstückelbarkeit der Londoner Ergebnisse und der wirtschaftlichen Untauglichkeit der Abkommen den Vorrang gelassen, während die Ja-Stimmen auf die Ermöglichung zurückgingen, daß durch das Vermeiden einer akuten Krise durch Beteiligung der deutschnationalen Volkspartei an der Regierung und durch Einführung auf die Durchführung des Abkommens im Sinne einer stetigen Verbesserung der augenblicklichen Notwendigkeit genügt werde.

Die Fraktion, die ihrer Gesinnung entsprechend, auch in diesem Falle keinerlei Fraktionszwang ausgeübt hat, darf bei jedem Einsichtigen Verständnis für beide Gedankengänge erwarten. Sie sieht den Mißdeutungen ihrer Gegner in dem Gefühl grundsätzlicher Übereinstimmung in den hohen Zielen der Partei mit Ruhe entgegen.

Die Lage hat übrigens dadurch eine wesentliche Änderung erfahren, daß die Regierung inzwischen in einer ausdrücklichen feierlichen Erklärung das Schuldbestimmnis von Versailles widerrufen hat. Diese grundlegende Änderung der außenpolitischen Haltung der Regierung ist ebenso wie die erreichte Verbesserung zu den Dawes-Plänen ein Erfolg der Opposition, die sich jetzt zu mitwirkender Teilnahme an der Leitung der deutschen Politik anschickt.

Tirpich entschuldigt sich.

Wo bleiben die Balken?

Die Bayerngruppe der Deutschnationalen läßt unter Führung von Tirpich einen Entschuldigungszettel verbreiten. Danach haben die in Bayern gewählten Abgg. Tirpich, Bachmann, Sochs und Straßmann

„mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Verhandlungen über die Schaffung des Bürgerblocks und angesichts der Tatsache, daß das unabänderliche Ergebnis von London durch die Regierung nach deren bestimmten Erklärungen unter allen Umständen sichergestellt worden wäre, wozu ja die Reichsverfassung Art. 45 eine Handhabe bietet, trotz schwerster Bedenken bei der entscheidenden Abstimmung mit Ja gestimmt.“

Also weil's auch ohne sie ging, haben die Leute mit Ja gestimmt! Allerdings mit Rücksicht auf die Bürgerblockverhandlungen!

Das Tannenberg der Juden.

Ludendorff blüht Geist.

Viel besprochen wurde gestern im Reichstag folgender Vorfall. Nach der entscheidenden Abstimmung trat Ludendorff an den Volksparteiler Admrat a. D. Brünninghaus heran und sagte in schroffem Ton: „Zehn Jahre nach Tannenberg haben Sie den Juden zu ihrem Tannenberg verholfen.“ Darauf Brünninghaus: „Erzählen, darüber wird die Geschichte urteilen!“

Der Parteiaussschuß trat am Freitag im Reichstag unmittelbar nach der Abstimmung über die Dawes-Gesetze zusammen. Nach einem Referat des Genossen Dillserding und kurzer übereinstimmender Aussprache über die politische Situation befaßte sich der Ausschuß eingehend mit einer Reihe organisatorischer Fragen.

schwindet mehr und mehr, und in den fortgeschrittenen Provinzen unterwerfen sich die jungen Paare aus guten Familien nicht mehr dem alten Brauch, der sie bereits als Kinder zusammengibt, sondern wollen als erwachsene Menschen selbst den Lebensgefährten wählen. An einer chinesischen Unterwelt unterrichten bereits zwei weibliche, in Amerika ausgebildete Professorinnen die männlichen Studenten. Auch in Japan ist die Frauenbewegung noch nicht vollständig organisiert, aber sie besteht und wächst zusehends. Bis 1921 war es den Frauen in Japan verboten, an politischen Versammlungen teilzunehmen. Jetzt haben sie sich dieses Recht erobert, und da es 1¼ Million weibliche Arbeiter in Japan gibt, so wird die Frau gar bald in der Politik eine Rolle spielen und sich vielleicht in den sozialen Kämpfen des nächsten Jahrzehntes das Frauenstimmrecht erzwingen. Alles in allem genommen hat die Frau des fernen Ostens eben erst begonnen, sich aus den Fesseln zu befreien, in denen sie seit Jahrhunderten gelegen. Die Frauenfrage gewinnt eine immer größere Wichtigkeit, auch in dem Verhältnis von Morgenland zu Abendland, und erst wenn die Frau sich auf eine ähnliche Stufe erhoben hat wie bei uns, wird ein besseres Verständnis zwischen Orient und Abendland greifbar.

Der zweite Luther.

Zu Worms sprach Mönch Martin: „Hier stehe ich, Ich kann nicht anders,“ und blieb fest. Da sieht man doch, wie wenig fähig Er in Diplomatie gewest.

Hätt' Luther schon vorausgesehen Herrn Hergt und seine Praktik, Er hätt' den Rückzug angedacht Durch ein hinzugefügt „Beinad“.

Hätt' Luther, hätt' verstoßt zu trüben, Den Wormser Reichstag nur gelöst, Könnte kein Lutherwort er ruhen Zu einem kleinen Lauscherstück.

Doch dieser Trostspieß hat auch richtig Des Papstes Bannbulle verbrannt, Und er behielt — wie unvorsichtig! — Nichts Schriftliches mehr in der Hand.

Hergt hätte auch, ein zweiter Luther, Verbrannt das Londoner Diktat. — Doch erst, nachdem ins Unterfütler Er eingedrängt ein Duplikat.

Luther stand fest zu seinem Worte. Was nicht's es ihm? — Ihn traf die Not. Hergt ist von jener klügeren Sorte, Wo Umfall erst den Helden macht.

Rich. von Lindenbuden.

Das Deutsche Opernhaus eröffnet seine neue Spielzeit am Sonntag mit einer Aufführung der „Reiterlinge“ von Ränberg zu volkstümlichen Preisen. Als Hans Sachs verabschiedet sich Julius vom Scheit. Als musikalischer Leiter tritt der neu verpflichtete Kapellmeister Paul Dreifach sein Amt an.

Bürgerblockdiplomatie 1. Akt.

Regierungserklärung zur Kriegsschuldfrage.

Aus Anlaß der Verabschiedung der Gesetze über die Londoner Vereinbarungen erläßt der Reichskanzler namens der Reichsregierung folgende Kundgebung:

Der Reichstag hat mit den heute gefaßten Beschlüssen sein Siegel unter die Londoner Vereinbarungen gesetzt. Damit ist eine Entscheidung getroffen, die für das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahre hinaus von maßgebender Bedeutung sein wird. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, allen Mitgliedern des Reichstages, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, ihren Dank auszusprechen. Alle Beteiligten haben schwere Bedenken überwunden und persönliche Überzeugungen zurückstellen müssen, um zur Annahme der Londoner Vereinbarungen zu gelangen. So schwer der Entschluß auch jedem einzelnen geworden sein mag, er mußte doch gemacht werden, wenn unserem Vaterlande der Weg in eine bessere Zukunft eröffnet werden sollte.

Die Reichsregierung kann und will aber diesen bedeutsamen Augenblick, in dem sie in Durchführung des Versailler Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorübergehen lassen, ohne in der Seele des deutschen Volkes lauter, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darzulegen. Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Festlegung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Würde dieser fassigen Aufgabe befreit zu werden. Solange das nicht geschieht, und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Dr. J. Der Reichskanzler.
Mars.

Die Sozialdemokraten find der Reichsregierung für den Dank, den sie ihnen ausdrückt, sehr verbunden, müssen aber bemerken, daß sie nicht um dieses noch eines anderen Dankes willen für die Verwirklichung des Dawes-Planes eingetreten sind. Im übrigen muß man bedauern, daß die Erklärung der Regierung zur Schuldfrage dadurch entwertet wird, daß sie einen Bestandteil eines innerpolitischen Tauschgeschäftes darstellt. Außerdem sind die Auftraggeber dieser Erklärung eben im Begriff, den Reichskanzler, der sie unterzeichnet hat, davon zu jagern, und auch das trägt nicht zur Höherbewertung der Unterschrift bei.

Man kann also nicht behaupten, daß die Bürgerblockdiplomatie mit ihrem ersten Streich besonders glücklich gewesen ist.

Der Schlusakt in London.

Der Botschafter in London, Dr. Ekhamer, hat am Donnerstag nachmittag Anweisung erhalten, die Londoner Abmachungen am Sonnabend zu unterzeichnen.

Noch ein Schachergeschäft.

Bayern, London und die Reichsbahn.

München, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber das künftige Verhältnis der bayerischen Eisenbahnen zu den Reichsbahnen wird halbamtlich mitgeteilt, daß Bayern die Londoner Konferenz dazu benutzt habe, eine Anzahl Sicherungen für die Durchführung der bayerischen Forderungen im Eisenbahnwesen zu erreichen. Bayern habe außerdem sich ausdrücklich und feierlich seine Rechte an den Bahnen vorbehalten und ihre Geltendmachung für jeden günstig erscheinenden Zeitpunkt angefündigt. Ueber die mit der Reichsregierung getroffenen Abmachungen wird mitgeteilt, daß bei ihnen von besonderer Wichtigkeit die Befestigung der Zweigstelle Bayern sei, die des Direktoriums, des Verwaltungsrats, insbesondere auch die Befestigung der Präsidienstellen, ferner die Mitwirkung bei der Tarifgestaltung und die Sicherung bestimmter für Bayern günstiger Tarifsysteme, ebenso die Rechte der bayerischen Eisenbahnbeamten. Die erreichten Sicherungen hätten eine weitgehende Selbstständigkeit des bayerischen Reges und schließlich auch einen erleichterten Übergang in die Selbstverwaltung der bayerischen Bahnen ermöglicht. Wenn dazu, wie bestimmt gehofft werde, die Abhörungsfrage und mit ihr die Sicherstellung der bayerischen Eisenbahngläubiger eine günstige Lösung finde, bei der namentlich auch die Beteiligung am Eigentum gewährleistet sei, dann werde Bayern in der Geltendmachung seiner Eisenbahnrechte gegenüber den letzten Jahren um einen großen Schritt vorwärts gekommen sein.

Frontbann.

„Systematische Politisierung der Wehrbewegung.“

München, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Angst vor dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranlaßt die Völkischen, ihre stark zerfallenen Kampfverbände etwas aufzubügeln. Der völkische Reichstagsabgeordnete Hauptmann Röhm hat „auf Befehl“ vermuthlich Ludendorffs einen „Frontbann“ gegründet, der die „auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehenden Verbände und Kameraden, die sich bedingungslos zu Hitler, Ludendorff und Groose bekennen“, umfassen soll. Mit diesem „Frontbann“ bilden eine „Frontjugend“ und der bisher schon bestehende „Frontkriegerbund“ den „Frontring“. Ausdrücklich wird vom „Völkischen Kurier“ dazu gesagt, daß mit diesen Organisationen die systematische Politisierung der deutschen Wehrbewegung, d. h. also eine Neuaufgabe der berückichtigten von der bayerischen Regierung verbotenen hitlerischen Stoßtrupps betrieben werden soll. Wie unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post“, mitteilen kann, enthalten die Dienstvorschriften der neuen Organisationen neben anderem interessanten Material, das nicht veröffentlicht werden könne, einen von jedem Mitglied zu leistenden Fahneneid, in dem folgender Satz vorkommt: „Ich gelobe meinem Führer Ludendorff, den von ihm ernannten Unterführern und meiner Fahne Treue und Gehorsam bis in den Tod.“

München, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Wegen Förderung der durch Fahr verbotenen kommunistischen Partei ist der Hilfsarbeiter Paul Langmeier zu 3½ Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sein Verbrechen bestand darin, daß er im Zimmer der kommunistischen Landtagsfraktion telephonische Verbindung mit der KPD-Zentrale in Berlin unterhalten

und kommunistisches Propagandamaterial in Südbayern verbreitet hat.

Seifer bleibt!

München, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß die bayerische Regierung am Freitag über den Fall Seifer endgültig entschieden hat. Die Kündigung des Vertrages mit Seifer werde auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofes zur rückgenommen.

Deutschlands Berufsrecht.

Der „Temps“ bestreitet Deutschlands Recht, Nachprüfung zu verlangen.

Paris, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Außenminister Dr. Stresemann am Donnerstag im Reichstag abgegebene Erklärung, daß die deutsche Regierung sich das Recht vorbehalte, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages eine neue Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zu beantragen, wenn sich herausstellen sollte, daß die Zahlungen, die der Dawes-Plan von Deutschland erfordere, dessen Leistungsvermögen übersteigen, wird hier als eine lezige Interpretation der Londoner Beschlüsse sehr scharf belächelt. So erklärt der „Temps“, daß eine Berufung Deutschlands auf den Versailler Artikel 234 mit den Londoner Abmachungen unvereinbar sei. Dieser Artikel beziehe sich ausschließlich auf die Zahlungen nach Artikel 233, d. h. im konkreten Fall, im Londoner Zahlungsplan auferlegten Zahlungen, nicht aber auf die in freien Vereinbarungen zustande gekommenen Abmachungen über die Zahlungsmodalitäten. Wenn die deutsche Regierung durch ein System neuer Moratorien und Rabatte den Dawes-Plan zu unterhöhlen versuche, so zerreißt sie damit die Londoner Konferenzbeschlüsse und gebe Frankreich das Recht, auf die Mittel, die ihm der Friedensvertrag liefere, zurückzugreifen.

Die Dawes-Kommission.

Paris, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission ist am Freitag morgen zu einer nicht offiziellen Sitzung zusammengetreten, um über die Auswahl der Dawes-Kommission zu beraten. Als „Agent für die Reparationszahlungen“ wird Owen Young (Worgor u. Cie.) gewählt. Er hat die Übernahme des Amtes jedoch nur auf die Zeit bis zur vollen Inangangsetzung des Dawes-Plans zugesagt und sich vorbehalten, daß schon jetzt sein zukünftiger Nachfolger ihm zur Seite gestellt werde; als Kandidat dafür wird der amerikanische Bankier Gilbert genannt. Treuhänder zur Verwaltung der von Deutschland zu übergebenden Eisenbahn- und Industrieobligationen soll der belgische Delegierte in der Reparationskommission, Delacroix, werden. Die Ernennungen werden der deutschen Regierung alsbald mitgeteilt werden.

Die Völkerbundtagung.

Genf, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Heute um 5 Uhr nachmittags begann die erste öffentliche Sitzung der Völkerbundtagung. Herrlot und Macdonald sind noch nicht eingetroffen. Auf der Tagesordnung stehen: Sklaverei, Mandate, Opiumhandel — Berichterstatter Branting-Schweden; Frauen-, Kinder- und Orientflüchtlinge — Berichterstatter Lord Parmoor-England. Der Bericht über die Kolonialmandate stellt eine

starke Zunahme der Alkoholeinfuhr in die ehemals deutschen Kolonien

Logo und Kamerun fest. Es werden Gegenmaßnahmen gefordert und weiter soll die Aushebung von Eingeborenen zum Heeresdienst für die Verwendung in den Mandatsgebieten sehr gestärkt werden. Dazu macht Frankreich einen Vorbehalt für den Kriegsfall. Der Mandatsbericht wurde geschildert. Der Opiumbericht wurde einer Spezialkonferenz überwiesen, die im November stattfinden wird.

Die nächste öffentliche Sitzung ist morgen, Sonnabend, 11 Uhr vormittags. Sie wird außer den heute nicht erledigten Punkten noch über Finanzfragen des Völkerbundes, Rüstungseinschränkungen, Kontrolle privater Waffenherstellung und des Waffenhandels, den chemischen Krieg, die Regierungsantworten auf den Garantiepakt vorgetragen, den finanziellen Wiederaufbau Deutschlands und Ungarns, die Irakfrage (Mesopotamien) und die geistige Zusammenarbeit beraten. Ferner wird sich die Versammlung mit dem Schutz polnischer Interessen in Danzig, mit der Errichtung eines polnischen Postamtes im Danziger Hafen, mit der Ausweisung Danziger Staatsangehöriger aus Polen, mit der Vermehrung der Saargebietarmee, mit dem Verbleib französischer Truppen im Saargebiet, mit der Kontrolle der deutschen Wareneinfuhr in das Saargebiet und mit der Befestigung von Regierungskommissionen für das Saargebiet beschäftigen.

Am Freitagmittag ist der Völkerbundrat unter dem Vorhild von Hymans zu seiner ersten nichtöffentlichen Sitzung zusammengetreten. Anwesend waren u. a. Branning, Benech und Lord Parmoor. Es wurde zunächst die Tagesordnung für die Völkerbundkonferenz festgelegt und dann finanzielle Verwaltungsfragen besprochen.

Genf, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag hat eine Gruppe der linksbürgerlichen Mitglieder der Interparlamentarischen Union in Genf eine Entente cordiale gegründet, deren Aufgabe die dauernde Arbeit am europäischen Frieden ist. Es wurde ein Exekutivaussschuß von sieben Mitgliedern eingesetzt, der die erforderlichen Vorarbeiten leisten soll. Von Deutschland ist an diesem Ausschuß der Demotrot Heile beteiligt.

Sawinkow zum Tode verurteilt.

Moskau, 29. August. (DE.) Vor einigen Tagen wurde in Minsk Boris Sawinkow, der unter dem Namen Stepanow aus Polen gekommen war, festgenommen und sogleich nach Moskau gebracht. 72 Stunden nach seiner Verhaftung wurde ihm die Anklageakte vorgelegt. Der Prozeß wurde am 28. August im Militärkollegium des Obersten Gerichts verhandelt. Wie von zuständiger russischer Stelle mitgeteilt wird, bekannte sich der Angeklagte schuldig, eine gegen die Sowjetregierung gerichtete gegenrevolutionäre Tätigkeit entfaltet zu haben und verzichtete auf Begnadigung. Während seiner Haft hatte Sawinkow einen Aufruf an die russischen Emigranten verfaßt, mit der Aufforderung, die Bekämpfung der Sowjetregierung aufzugeben. Das Gericht verurteilte Sawinkow zum Tode, doch in Anbetracht des erwähnten Aufrufes, sowie der Reue, die der Angeklagte ausgedrückt habe, beschloß das Gericht, sich an das Allrussische Zentralrevolutionäremitee zu wenden und die Erhebung der Todesstrafe durch eine andere Strafe zu befürworten.

Sawinkow gehörte zur Zeit der Jarenregierung zu den bekanntesten russischen Revolutionären. U. a. war er der Organisator der Attentate gegen den Großfürsten Sergius und den Minister Plehwe. Als Gegner der Sowjetregierung hat er sich ebenfalls energisch betätigt. Im Einvernehmen mit der polnischen Regierung vertrat er die Idee der Intervention in Sowjetrußland, welche in dem letzten polnischen Kriege gegen Rußland ihren Ausdruck fand.

Ausnahmezustand in Kroatien. Infolge der andauernden republikanischen Agitation auf dem Lande hat die Belgrader Regierung die kroatischen Verfassungsrechte aufgehoben.

Das englische Arbeitszeitgesetz.

Das vom englischen Arbeitsminister angekündigte Gesetz über die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben ist kürzlich dem Unterhaus zugegangen. In Geist und Wortlaut fußt es auf dem Washingtoner „Entwurf eines Übereinkommens betreffend Festlegung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich“. Durch dieses Gesetz sind in England die erforderlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung des internationalen Übereinkommens von Washington geschaffen.

Bekanntlich hat bisher in England keine gesetzliche Sicherung des Achtstundentages und der 48stündigen Arbeitswoche bestanden. Trotzdem war auch in England seit Kriegsende der Achtstundentag die Norm. Die seit 1919 abgeschlossenen oder bereits bestehenden und revidierten Kollektivverträge betreffen ca. 10 bis 12 Millionen Arbeiter, d. h. ca. 80 Proz. der Gesamtarbeiterschaft und sehen fast allgemein eine durchschnittliche Normalarbeitszeit von 44 Stunden wöchentlich vor. Obgleich diese Kollektivverträge Ueberstunden gegen höheren Tariflohn zulassen, wurde davon kaum Gebrauch gemacht. Der Leiter der Arbeitsaufsicht betont in seinem Bericht, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit seit 1919 keine Erhöhung der Ueberarbeit mit sich gebracht hat, im Gegenteil, vielfach haben es die Arbeiter abgelehnt, Ueberstunden zu leisten, obgleich solche tariflich zulässig waren.

Im Februar 1919 berief die englische Regierung eine nationale Industriekonferenz ein, aus der ein aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzter Ausschuss zum Studium der Arbeitszeitsfrage hervorging. Dieser Ausschuss hat sich zugunsten einer 48stündigen Arbeitswoche ausgesprochen und der Arbeitsminister hat am 18. August 1919 dem Parlament den Entwurf eines Achtstundentagesgesetzes vorgelegt. Der Entwurf war der Gegenstand vieler Kritiken, besonders weil die Arbeiter in der Landwirtschaft und die Seeleute darin nicht berücksichtigt waren. Nach neuen Beratungen mit dem paritätischen Ausschuss hat der Arbeitsminister einen Gesetzentwurf vorbereitet, in dem auch die landwirtschaftlichen Arbeiter berücksichtigt wurden. Natürlich hat es auch in England während der Wirtschaftskrisen nicht an reaktionären Bestrebungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit gefehlt. Besonders die konservativen Regierung haben das Übereinkommen von Washington beständig angegriffen und beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts auf Abänderungen gedrungen, da das Übereinkommen für die nationale Gesetzgebung zu wenig anpassungsfähig sei. Seit der Herrschaft der Arbeiterpartei (Labour Party) hat dieser Widerstand aufgehört.

In dem vorliegenden Gesetzentwurf wird unter Bezugnahme auf das Washingtoner Übereinkommen, die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich beschränkt, ausschließlich der anerkannten Essens- oder Ruhepausen.

Die in den gewerblichen Betrieben mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigten Personen können durch einen Erlaß des Arbeitsministers von dieser Bestimmungen ausgenommen werden. Eine Reihe von Ausnahmebestimmungen befaßt sich mit der Verteilung der Arbeitsstunden, so darf z. B. an einem oder mehreren Tagen der Woche bis zu höchstens einer Stunde täglich länger gearbeitet werden, wenn in den betreffenden Betrieben an den anderen Tagen der Woche weniger als 8 Stunden täglicher Arbeitszeit geleistet werden, jedoch nur, wenn eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden zustande kommt. Bei Schichtarbeit darf die Arbeitszeit über 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich hinausgehen, wenn die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden im Verlaufe der für den Schichtwechsel üblichen Zeiten 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreitet. Es handelt sich hier lediglich um Abweichungen vom schematischen Achtstundentag, praktisch geht die Arbeitszeit innerhalb einer bestimmten Arbeitsperiode nicht über 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich hinaus.

Dagegen darf in Betrieben, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Schichtwechsel erfordern, die Arbeitszeit verlängert werden, jedoch nicht über einen Durchschnitt von 56 Stunden wöchentlich hinaus. Desgleichen darf die Arbeitszeit verlängert werden bei eintretenden oder drohenden Unglücksfällen oder bei dringenden Arbeiten an den Maschinen oder den Betriebseinrichtungen und in Fällen höherer Gewalt. In diesem Falle kann die Arbeitszeit soweit überschritten werden als erforderlich ist, um eine ernsthafte Störung des regelmäßigen Ganges des Betriebes zu verhüten.

Bei Ueberarbeit müssen mindestens 25 vom Hundert über die für die regelmäßige Arbeitszeit geltenden Löhne bezahlt werden. Diese Ueberarbeit ist nur zulässig, wenn sie der Minister durch Erlaß freigibt, und zwar für Vorbereitungs- oder Hilfsarbeiten, die notwendigerweise außerhalb der für den Be-

trieb festgesetzten Arbeitszeit vorgenommen werden müssen, oder für gewisse Gruppen von Arbeitern, deren Arbeit ihrem Wesen nach Unterbrechungen erfährt (Arbeitsbereitschaft). Vorübergehend sind, wenn dies durch einen Krieg veranlaßt wird, auch Ueberstunden zulässig bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit. Derartige Ausführungsbestimmungen über Abweichungen und Ueberarbeit sollen vom Minister zur Erlaßung werden nach Anhörung der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Streitfragen darüber, ob ein Betrieb ein „gewerblicher Betrieb“ im Sinne des Gesetzes ist, welche Personen von den Bestimmungen dieses Gesetzes betroffen werden, oder ob eine Arbeit als Vorbereitungs- oder Ergänzungsarbeit gilt, oder ob sie notwendig außerhalb der für den Betrieb geltenden allgemeinen Arbeitszeit ausgeführt werden muß, oder ob eine Arbeit ihrem Wesen nach Unterbrechung erfährt, entscheidet der Schiedsrichter, dessen Entscheidung, soweit sie Tatsachen betrifft, endgültig und abschließend ist und gegen die es keine Berufung beim Gericht gibt. Wer sich durch die Entscheidung des Schiedsrichters in einer solchen Frage beschwert fühlt, kann deswegen in einer Rechtsfrage bei dem Richter des hohen Gerichtshofes Berufung einlegen, der zu diesem Zweck vom Lordkanzler bestimmt wird. Dessen Entscheidung ist endgültig. Als Schiedsrichter soll der Schiedsrichter oder stellvertretende Schiedsrichter des Gesetzes über die Versicherung gegen Erwerbslosigkeit bestellt werden.

Wer die Bestimmungen dieses Gesetzes übertritt, kann zu einer Geldstrafe bis zu 20 Pfund für jeden einzelnen Verstoß verurteilt werden. Haftbar ist der Arbeitgeber. Wenn ein Arbeitgeber einwandfrei nachweist, daß der Verstoß von einem Angestellten oder dergleichen ohne Wissen und Schuld des Arbeitgebers geschehen ist, kann er von einer Bestrafung verschont bleiben. Das Verfahren kann gegen diesen Angestellten oder andere Person, die an dem Verstoß Schuld trägt, eingeleitet und durchgeführt werden.

Das Gesetz findet keine Anwendung auf Betriebe, in denen lediglich Mitglieder einer und derselben Familie beschäftigt sind, auf Personen in leitender oder Vertrauensstellung mit entsprechender Bezahlung, auf Personen, die in der Seefischerei oder Landwirtschaft beschäftigt sind, oder auf Kapitäne, Steuerleute und Mitglieder der Besatzung eines Fahrzeuges, oder auf Heimarbeiter.

Die Durchführung des Gesetzes wird durch Erlasse und Ausführungsbestimmungen geregelt, die dem Parlament vorgelegen sind. Der Minister kann jede Streitfrage, die aus diesem Gesetz entsteht, an den Obersten Schlichtungshof nach dem Schlichtungsgesetz von 1919 verweisen.

Wenn die nationale Sicherheit bedroht ist, oder eine Bedrohung zu erwarten ist durch Krieg oder andere gefährliche Ereignisse kann der Minister das Gesetz aufheben.

Dieses „Gesetz von 1924 über die gewerbliche Arbeitszeit“ tritt nach Annahme durch das Parlament am 1. Mai 1925 in Kraft.

Zweifellos werden die englischen Gewerkschaften von dem Gesetz nicht vollständig befriedigt sein, obgleich sie gesetzlich weitgehende Möglichkeiten der Mitbestimmung haben in den Fragen der Ausnahmen und der Ueberarbeit, die der Minister durch Verordnungen und Ausführungsbestimmungen regelt. Die zweckmäßigste Regelung erfolgt sicher nach wie vor durch Kollektivverträge. Aber die gesetzliche Einführung des Achtstundentages gibt dem Abschluß von Kollektivverträgen einen bestimmten Rückhalt und überdies kommen durch das Gesetz auch gewerkschaftlich schwache Arbeitergruppen in den Genuß dieser sozialen Reform.

Für Deutschland aber ist dieses Gesetz eine Frage von internationaler Bedeutung. Durch Englands Bereitwilligkeit, auf diesem Wege die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens vorzubereiten und durch die Tatsache, daß auch der französische Arbeitsminister Anstalten macht, seinem englischen Kollegen zu folgen, wird die Lage für Deutschland immer peinlicher. In der Presse ist wiederholt von einer Zusammenkunft der Arbeitsminister Englands, Deutschlands und Frankreichs berichtet worden. Sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn die drei Minister sich gegenseitig verpflichten — vielleicht durch einen Antrag — gemeinsam das Übereinkommen von Washington zu ratifizieren.

Es wäre dies der erste Schritt zur Herstellung eines sozialpolitischen Gleichgewichts in Europa, denn für die übrigen europäischen Staaten würden dann die vorgebrachten Bedenken gegen die Ratifizierung des Übereinkommens von Washington hinfällig.

Otto Bach.

Anti-Kriegstag 1924.

(ZGB.) Die Vorbereitungen für den Anti-Kriegstag am 21. September nehmen in allen europäischen Ländern ihren Fortgang; auch in den außereuropäischen Ländern zeigt sich ein großes Interesse. Die Aufrufe, die der ZGB. an die Arbeiterschaft der ganzen Welt gerichtet hat, sind überall nachgedruckt worden, ebenfalls die zahlreichen Anti-Kriegsartikel, die seit Beginn dieses Jahres durch die Presseberichte des ZGB. verbreitet wurden. Es

besteht kein Zweifel, daß am 21. September der Ruf „Rieder mit dem Krieg“ in allen Ländern ertönen wird.

Es ist selbstverständlich, daß mit dem 21. September die Anti-Kriegsaktion des ZGB. nicht zu Ende geht, sondern daß auch nachher alles getan wird, um die Abneigung der Völker gegen Krieg und Kriegsrüstung zu stärken und um künftige Kriege unmöglich zu machen.

Die Satzung der Reichsgewerkschaft.

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Antwärter hat auf seiner Tagung am 29. August beschlossen, dem § 2 der Satzung folgende Fassung zu geben:

„Die Reichsgewerkschaft steht auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Sie ist bereit, diese Verfassung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.“

Die Reichsgewerkschaft bezweckt unter Anwendung aller verfassungsmäßigen gewerkschaftlichen Mittel, die Wahrung der gemeinsamen Standes- und Berufsinteressen der Eisenbahnbeamten und ihrer Antwärter (Wortlaut wie bisher) durchzuführen. Weiter wird der geschäftsführende Vorstand den Standpunkt der Reichsregierung zur Frage des Streikrechts der Beamten den Mitgliedern zur Kenntnis bringen.“

Die Töpfermeister in Räten.

Den Töpfermeistern hat es die Notiz im „Vorwärts“ angetan, worin aufgefordert wurde, gemäß der Begründung des Schiedsspruches durch Herrn Rechtsanwält Henkel an die einzelnen Arbeitgeber heranzugehen, um eine Bezahlung über den Mindestlohn von 1 M. pro Stunde zu erhalten.

Nach einer Besprechung der Töpfermeister (Gnungsvorstand und Lohnkommission) am 29. August wurde dem Fachgruppenleiter der Töpfer, Genossen Kemmich, zugemutet, die Aufforderung im „Vorwärts“ zurückzuziehen. Dies wurde abgelehnt, da bei der Begründung des Schiedsspruches ausdrücklich betont wurde, daß Vereinbarungen über den Mindestlohn gestattet seien. Herr Rechtsanwält Henkel als unparteilicher Vorsitzender sagte: „Es ist Sache der einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich in bestimmten Fällen über den Mindestlohn zu einigen.“

Die Töpfer stehen mithin auf dem Boden des Schiedsspruches, während die Töpfermeister jede Zulage über 1 M. pro Stunde rundweg ablehnen möchten. Dem Fachgruppenleiter wurde erklärt, daß die Widerrufung der „Vorwärts“-Notiz abgelehnt wurde, könnten die Töpfermeister den neuen Akkordtarif, der am 1. September in Kraft treten sollte und dem von beiden Seiten zugestimmt war, nicht anerkennen. Die Töpfermeister haben demgemäß ihr Wort gebrochen.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Töpfergesellen nicht abhalten lassen, ihre Forderungen an die einzelnen Arbeitgeber anrecht zu machen. Die alten Akkordpreise bleiben nun vorläufig über den 1. September hinaus bestehen. Die Vertrauensleute der Bawten und Betriebe haben über den Verkauf der Einzelverhandlungen dem Vorstandsbureau Bericht zu erstatten.

Bis zur Rückkehr des Kollegen Kemmich vom Bundestag wird der Kollege Ernst Richter, Stolpische Straße 23, die notwendigen Sachen erledigen.

Der Leipziger Straßenbahnerstreik geht weiter. Die Schlichtungsverhandlungen sind mit Rücksicht auf das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung verlegt worden.

Der Streik in der norwegischen Papierindustrie, der seit mehreren Monaten mit 12000 Streikenden geführt wurde, ist jetzt durch Schiedsspruch zugunsten der Arbeiterforderungen beendet.

Der Vollzugsausschuss des englischen Bergarbeiterverbandes trat in Hull zusammen und erörterte die politischen und die wirtschaftlichen Probleme, die mit der Bergwerkindustrie zusammenhängen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung, nämlich die Wirkung des Londoner Abkommens, wurde noch nicht erörtert. Der Ausschuss wird die Punkte behandeln, die im Zusammenhang mit der später stattfindenden Besprechung mit dem Premierminister stehen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Calmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eckstein; Sozialisten: R. G. Schäfer; Soldaten und Soldaten: Fritz Karkhdt; Anzeigen: Ed. Glöck; Familien in Berlin. Verlag: Hermann-Berger & Co., Berlin. Druck: Hermann-Berger-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Seiten 2 Beilagen.

Wenn Sie wüßten

wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut

durch „Lebewohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerz lindend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.

— Seit 20 Jahren bewährt. —

In Drogerien und Apotheken zu haben.

Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!

Extra billige Angebote!

Einsegnungs-Anzüge 19⁵⁰

Blauer Cheviot, 1 reihig, hübsche flotte Form 28⁵⁰ 24⁰⁰ 22⁵⁰

Einsegnungs-Kleider 9⁵⁰

Blauer Cheviot, reine Wolle, in reichh. Auswahl 16⁶⁵ 13⁵⁰ 12⁴⁰

Herren-Anzüge

Herren-Sakko-Anzug aus hübschen gemusterten Stoffen	22 ⁵⁰
Herren-Sakko-Anzug dunkel gemustert	26 ⁵⁰
Herren-Sakko-Anzug gute Stoffe gute Verarbeitung	36 ⁰⁰
Herren-Sakko-Anzug vorzügliche Qualität beste Verarbeitung	45 ⁰⁰

Burschen-Anzüge 17⁰⁰

3teilig, grau gemusterte Stoffe . . . 24⁷⁵

Mädchen-Kleider Gr. 60

Velour, gute weiche Ware, in hübsch. karr. u. gestr. Mustern

Größe	100	90	80	70	3 ⁵⁰
	6.-	5.-	4.50	4.-	

Herren-Ulster

Herren-Uebergangs-Ulster neue Form, Fischgräten-Muster	22 ²⁵
Herren-Ulster gute Stoffe, vorzügliche Verarbeitung	33 ⁷⁵
Herren-Loden-Mäntel gute Stoffe mit Saettel, Gurt und Falte	18 ⁰⁰
Gummi-Mäntel in großer Auswahl von	14 ⁷⁵ an



Kleider-Vertrieb

G.m. b. H.

Kommandantenstraße 80-81
 2. Verkaufsst.: Osten, Warschauer Str. 33. 3. Verkaufsst.: Lichtentersg., Frankfurt. Allee 82. 4. Verkaufsst.: Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eing. Boddinstr. 5. Verkaufsst.: Norden, Müllersstr. 181



Sonntägliche Wanderziele.

Müncheberg-Hoppegarten.

Mit den Fernzügen der Ostbahn fahren wir bis Dahmsdorf-Müncheberg (Sonntagslinie) und dann mit der Kleinbahn nach Müncheberg. Die Stadt war einst ein wichtiger Ort an der Poststraße nach Frankfurt a. d. Oder und Küstrin. Die Stadtmauer ist zum größten Teil erhalten, auch zwei Tortürme. Der Berliner (siehe Abbildung) und der Küstriner, stehen noch. Am Küstriner Torturm befindet sich eine Keule mit der Unterschrift:

„Wer giebt seinen Kindern Brot und leidet selber Noth, den soll man schlagen mit dieser Keule todt.“

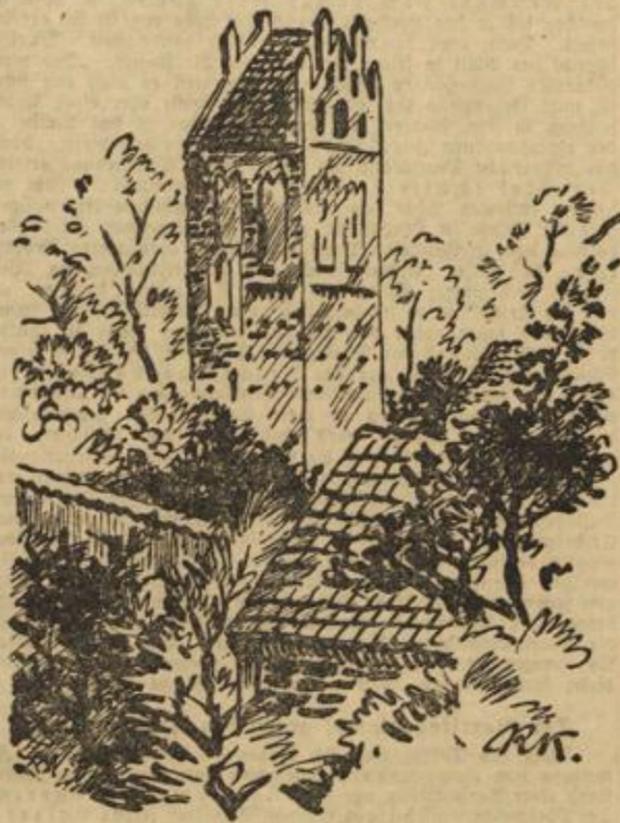
Etwas östlich, an der Gabelung der Chaussee, eine alte Postkutsche, wie sie an den alten Poststraßen in bestimmten Entfernungen errichtet waren. Müncheberg ist einer der wenigen märkischen Orte, die ein gut geleitetes Heimatmuseum besitzen. Ein besonders wertvolles Stück des Museums ist eine germanische Speerspitze, die beim Bau des Bahnhofs Dahmsdorf-Müncheberg in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gefunden wurde. Der Speer trägt eine Inschrift in Runenzeichen, die die ältesten bekannt gewordenen Schriftzeichen aus der Mark Brandenburg darstellen. Auf der Rückseite des Fundstücks befindet sich ein Hakenkreuz, jenes Symbol, von dessen Ursprung und Bedeutung die Wölflingen, die sich das Zeichen als Firmenstempel erwählten, natürlich keine Ahnung haben. Wir wandern zum Berliner Tor hinaus und auf der Berliner Chaussee, neben der schöne Promenadenwege hinführen, zur Müncheberger Stadtdorff. Bis zur Siedlung Neuboden-grün bleiben wir auf der Chaussee; dann wenden wir uns auf dem gen Südost abgewinkelten Wege zurück, östlich um eine Niederung herum nach Forsthaus Vorheide und Bienenwerder. Halbrechts voraus zieht sich ein Bergzug hin, der Stallberg, an dessen westlichem Abhang ein Quellbach der Bödnitz seinen Ursprung nimmt. In dem Wald zu beiden Seiten der Straße sehen wir allenthalben die bleichen Stengel des Fichtenspargels. Dieses Pflänzchen ist ein Schmarotzer, der auf den Wurzeln der Kiefern wächst.

Wir kommen an die gepflasterte Straße von Schönfelde nach Hoppegarten. Vor uns steigt der Bergzug auf, den wir vorhin schon sahen. Auf seinem Kamm wandern wir gen Südwest. Der Bergzug ist nur schmal; wie ein Eisenbahndamm zieht er sich durch das Gelände, das er um 8 bis 10 Meter übertrifft. Und doch ist dieser Höhenzug kein Gebirge von Menschenhand, sondern die Natur hat es hervorgebracht. Es gehört zu den auffallendsten und merkwürdigsten Erscheinungen ehemals verletzelter Gebiete; es ist einer der Zeugen der Eiszeit, deren Eispanzer auch unsere Gegend überzog. Diese Wallberge, nach dem schwedischen Oser genannt, da sie zuerst in Schweden aufgefunden wurden, ziehen sich oft meilenlang durch das Land. Sie bestehen vorwiegend aus stark abgerollten Gesteinen. Die geowissenschaftlichen Untersuchungen haben ergeben, daß die Oser nach Gestalt und Inhalt zweifellos von fließendem Wasser aufgebaut worden sind, welchem es durch anliegende Eismassen ermöglicht worden ist, 10, 20 ja 30 und mehr Meter hoch über den heute angrenzenden, fast ebenen Sandflächen Gerölle, Kies oder Sand aufzubauen. Wir haben uns die Entstehung der Oser in Kanälen unter dem Eise zu denken, also subglazial. Die Schmelzwasser stießen in diesen tunnelartigen Kanälen entlang und schufen durch ihre Abflagerungen die Oser, die oft einen an Flußläufe erinnernden, reich gewundenen Verlauf nehmen. Wir folgen dem Oser bis zu seinem Ende am Marxsee. Besonders sein festes Stück zeigt uns sehr deutlich die eigenartige Gestalt dieses schön ausgeprägten Eiszeitgebirges. Auch ein prächtiges Landschaftsbild der Heimat lernen wir hier kennen. Vor uns liegt der Marxsee, den das Hoppegartener Fließ, ein Quellbach der Bödnitz, durchzieht. Auf dem Ostrand der Niederung führt uns der Weg nach Hoppegarten, einem freundlichen Dorf. Wir verlassen es an der Nordost. Einige große Maulbeerbäume stehen an der Straße. Sie zeigen uns, daß auch hier einst die Seidenraupenzucht getrieben wurde. Das Laub der Maulbeerbäume bildet die einzige Nahrung der Seidenraupen. Wir kreuzen die Müncheberger Chaussee. Im Norden steigen die Budawer Berge wie ein kleines Gebirge auf. Sie gehören einem eiszeitlichen Endmoränenzug an. Den West begrenzen die Schöte von Ribersdorf und Umgebung den Gesichtskreis. Nach 15 Minuten biegen wir halbrechts ab, auf dem Wege nach

Schlogenthin. Der Weg führt durch schönen Kiefernhochwald, der zum Schluß in einen prächtigen Birken- und Kiefernwald übergeht, zum Dorf Schlogenthin. Nach wenigen Minuten haben wir den Bahnhof Dahmsdorf-Müncheberg erreicht und treten von hier aus die Heimfahrt an. (Weglänge etwa 22 Kilometer.)

An der Anhalter Bahn.

Ein landschaftlich schönes Gebiet, das von Wanderern verhältnismäßig selten aufgesucht wird, werden wir auf der heutigen Wanderung kennen lernen. Vom Potsdamer Ringbahnhof fahren wir mit den Jossener Vorortzügen bis Dahlewitz. Das Dorf, das



Müncheberg, Berlaer Tor.

bereits 1305 in einer Urkunde als „Dolwih“ erwähnt wird, liegt in einer Talenke südöstlich der Bahn. Wir wandern sogleich vom Bahnhof gen West, an der Nordspitze des Blankensees vorbei, zur nächsten Wegkreuzung. Hier verlassen wir den Weg nach Blankensee und folgen dem nach Dahmsdorf in südlicher Richtung bis zum Beginn des nahen Waldes. Hier wandern wir am Waldrand nach links bis zu der Senke, in der sich der Blankensee befindet. Am Rande der Niederung, später am Seeufer, führt der Weg gen Süd. Wir sind in einer Rinne, die in nordöstlicher Richtung in das Land eingeschnitten ist, und die als Schmelzwasserinne aus der letzten Eiszeit angesehen werden darf. Derartige Rinnen sind in den vereist gewesenen Gebieten sehr häufig anzutreffen; meist sind sie, wie hier, von Seen oder verorteten Niederungen, das sind verlandete Seen, erfüllt. Wir halten uns möglichst nahe am See und dem Fließ, das die lumpige Niederung zwischen dem Blankensee und der in der gleichen Rinne südlicher liegenden Krummen Lanke durchfließt und beide Seen verbindet. Die Krumme

Lanke ist der nördliche Zipfel des Großen Rangsdorfer Sees, der in einer Seitenbucht des Ruhlthals liegt. Am jenseitigen Ufer sehen wir das Dorf Rangsdorf. Die kleine Nebenrinne mündet hier in eine größere Rinne ein, die wiederum in eine der großen Urstromtäler, das Warschau-Berliner, führt. Wir können so die Spuren verfolgen, die den Weg der Schmelzwasser zum Weltmeer bezeichnen. Am Rangsdorfer See endet der Wald. Wir wenden uns gen West nach Jühnsdorf. Dieser Ort hat, wie so mancher andere in der Mark Brandenburg, im Laufe der Zeit seinen Namen vielfach verändert. Die alten Urkunden nennen das Dorf Judensdorf, Judensdorf oder Joensdorf, während es in dem Landbuch Kaiser Karls IV. (von 1373 bis 1378 entstanden) als „Judensdorf“ geführt wird. Jamitten der von alten Bäumen beschatteten Dorfgasse, von einer Kirchhofsmauer aus Feldsteinen malerisch eingefriedet, liegt die Dorfkirche, dessen ältester Teil ein Granitquaderbau aus dem Mittelalter ist. Südlich vom Dorf erhebt sich der Lindenberg, eine Windmühle steht auf der Höhe. Der Berg steigt 57 Meter über den Meeresspiegel oder 21 Meter über den Spiegel des Rangsdorfer Sees auf. Am Lindenberg fand am 22. August 1813 eine Schlacht statt. Auf der Chaussee, die östlich vom Lindenberg vorüberführt, wandern wir gen Süd. Am Südrand der durchquerten Niederung, wo die Chaussee den scharfen Knick nach rechts macht, wenden wir uns scharf nach links; wir bleiben am Südrand der Niederung. Am Waldrand verlassen wir den Weg, der landeinwärts nach Bienenfelde führt, und bleiben auf dem linksabgewinkelten Wege. Er hält sich immer in der Nähe der Niederung. Der Weg führt uns schließlich auf eine Chaussee, der wir gen Ost nach Dahmsdorf folgen. Auch dieses Dorf ist wohl schon im 13. Jahrhundert entstanden. Im Dreißigjährigen Kriege hatte es sehr gelitten, so daß am Ende des Krieges mehrere Hofstellen wüst blieben, weil ihre Besitzer umgekommen waren. Vom alten Dorf erstreckt sich die Siedlung Neu-Dahmsdorf bis zum Bahnhof der Jossener Bahn. Wir können von hier aus nach Berlin zurückkehren. Haben wir jedoch noch Zeit übrig, dann besuchen wir das Städtchen Jossen. Wir überschreiten die Bahn und kommen zur Jossener Chaussee, der wir nach rechts folgen. Ehemals war Jossen eine starke Feste in der Rotteniederung, die zu Böhmen gehörte. Erst im 15. Jahrhundert kamen Stadt und Amt Jossen an Brandenburg. Von mittelalterlichen Bauten ist in Jossen nichts mehr erhalten; auch von den Wohnhäusern ist kaum eins über 100 Jahre alt. Zwischen Stadt und Bahnhof zieht der Rottekanal vorüber; er mündet bei Königsmusterhausen in die Dahme. (Länge der Wanderung bis Dahmsdorf etwa 17 Kilometer, bis Jossen etwa 21 Kilometer.)

Das Martyrium einer Zwölfjährigen. Anhebung eines Kuppelquartiers.

Die Berliner Kriminalpolizei hat gestern einen Fall von Kindesverführung und Kindsmißbrauch aufgedeckt, wie er an Schandhaftigkeit und Raffinement in der Geschichte der Berliner Kriminalität einzig dastehen dürfte. Die geradezu bestialisches Urheber der entsetzlichen Anstalten an einem zwölfjährigen Mädchen, der Schneidermeister Böhler und seine Frau aus der Blumenthalstraße 3, konnten verhaftet werden.

Im Herbst des Jahres 1923 wurde die damals zwölfjährige Hilde J. von ihrem Vater zu einer Besorgung nach der Blumenthalstraße 3 fortgeschickt. Da das Mädchen den Vater nicht antraf, wartete es auf dem Hofe auf seine Rückkehr. Der Schneidermeister Böhler und seine Frau erklärten das Kind und forderten es auf, doch lieber in der warmen Stube auf den Vater zu warten, eine Aufforderung, die das Mädchen, da es ein kühler Tag war, gern annahm. Kaum hatte das Kind jedoch die Wohnung des Böhlerischen Ehepaares betreten, als es von dem Manne in einem rohesten Weise überfallen und in Gegenwart seiner Frau mißbraucht wurde. Der Vater des Mädchens, der als ein sehr strenger Mann gilt, erfuhr nichts von diesem Vorkommnis, weil Hilde aus Furcht vor Strafe ihm alles verschwiegen. Sie ging aber an anderen Tagen zu Frau Böhler und klagte ihr, daß sie heftige Schmerzen habe und fragte, was sie denn nun anfangen sollte. Frau Böhler führte das Kind zu dem Vater und erzählte, daß sie großes Interesse an dem Kind nehme. Hilde sei offenbar krank, sie erbiete sich, mit dem Kinde zum Arzt zu gehen und für Hilfe zu sorgen. Da die Frau einen durchaus vertrauenswürdigen Eindruck machte, war Hilde's Vater mit dem Vorschlage um so mehr einverstanden, als ihm sein anstrengender Beruf wenig Zeit ließ, sich

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexé.
Übersetzt von Hermann Ritz.

1.

„Thorwald, Thorwald! Willst du wohl kommen! Willst du wohl schleunigst herkommen! Ich werd' dich gelehrt, du infamer Bengel! Du sollst so viel Prügel kriegen... o, ich will dich schlagen, daß das Wasser dir herausläuft, du Biest, du Flegel, du — du — du —“

Die Schneidermadam, Waschfrau Frank, mußte innehalten, um Atem zu schöpfen. Sie stand mitten auf der Straße mit nackten Beinen, in Holzschuhen, die Röcke hoch über den dünnen Schienbeinen aufgeschürzt. Unter dem Tuch hing das Haar in schmalen, schweißigen Zöpfeln hervor, und ihr hageres, rotfliebiges Gesicht verzog sich in ohnmächtiger Wut.

Dann schrie sie wieder eine Weile, noch lauter als vorher. Ihre Schreie gellten hin zwischen den niedrigen Häusern des Städtchens, und rings in Fenstern und Haustüren tauchten vorfichtig neugierige Gesichter auf, um zu sehen, was denn nun wieder mit der halbverrückten Schneidermadam los sei.

Thorwald war der einzige im Viertel, der nichts zu hören schien. Er senkte bloß den Nacken und entfernte sich mehr und mehr.

Die Schreie endigten in einem erbitterten, schrillen Kreischen. Rasend klatschte Madam Frank mit den ausgewaschenen Händen gegen den platschnassen Rod und begann zu schluchzen:

„Ach, er geht weg, er geht weg — und läßt seine Mutter mit all der Kollwäsche allein zurück! O, der Dummkopf! Der Schandkerl! — Thorwald!“

Thorwald war bis an das Ende der Straße gelangt. Bei dem letzten, durchdringenden Schrei wandte er den Kopf.

„Du altes Weib, gib acht: bist aus Salz, Ingwer und Pfeffer gemacht!“

rief er ihr nach und verschwand dann schleunigst um die Ecke, während die Mutter die geballten Fäuste ohnmächtig schüttelte.

Sommerlich weich und ohne Wolkenflocke hing die Luft, die Häuser lachten mit ihrem weißen Kalk in den blauen Raum hinein, überm Grenzrain schnatterten die Gänse und verfluchten ihre Flügel, drüben von der Steinbahn kamen die Hammerschläge gerieft wie melodischer Regen. Selbst die

Laute schienen vom Sonnenlicht Glanz und Klangfarbe zu leihen und mit Luft und Landschaft zu verschmelzen.

Das alles zerriff Madam Frank plötzlich mit einem neuen Geschrei. Es gellte wie eine Sägesäge, und Sonne, Landschaft und alles ertrank in dem Kreischen, so zwang es sich allen Sinnen auf. Aber dann klang es fern und hinterließ im Ohr ein Gefühl von Vinderung, während nach und nach die milde Umgebung wieder zu ihrem Recht kam.

Madam Frank stand starr wie eine Säule.

„O, o!“ stöhnte sie gedehnt.

„Die Arme hingen schlaff an der Seite herab; mit leerem Blick schaute sie nach der Richtung hin, wo der Sohn verschwunden war, und es sah einen Augenblick aus, als würde sie in die Knie sinken.“

Aber plötzlich durchfuhr sie ein Stoß, sie straffte sich mit einem Ruck und wandte sich den Häuserreihen zu, wo sich Gesicht nach Gesicht eilig zurückzog.

„Ja, gaff nur, ihr Fettdosen und Faultiere! Jetzt ist die Verrückte unterwegs, was? Das Ungetüm? Huhu, nun gibt es Spaß auf der Straße! Die meschugge Madam Frank ist unterwegs! Da bekommen die Klatschbasen zu tun. — O, ihr braucht euch nicht zu verstecken. Kommt nur heraus, ich seh' euch wohl! Gib auf dein Maulwerk acht, Madam Peterlen, daß es nicht in der Türspalte eingeklemmt wird! Du sollst lieber die Läuse aus deines Mannes Hend suchen, ihm seine Strümpfe stopfen — und ihm seine Nachtrube lassen. Und ihr auch, ihr Bruthennen! — Kommt heraus, dann wird die verrückte Madam Frank euch was zu lachen geben!“

Sie stand mitten auf der Straße, mit geballten Fäusten, und ließ den Blick an der Häuserreihe auf- und niedergleiten. Aber da keine der Frauen den Mut hatte, sich noch zu zeigen, geschweige denn die Herausforderung anzunehmen, zog sie sich mit einer verächtlichen Gebärde zurück.

Scheltend eilte sie um das Haus herum und warf einen Stein nach den Stadtgänsen, obwohl diese ganz friedlich auf dem Dreieck Gras zupften und dabei ganz in ihrem guten Recht waren, während sie dort gar nichts zu sagen hatte.

Denn das Dreieck gehörte zur Grenzmark des Städtchens, die alljährlich von der Gemeinde als gemeinschaftliche Weide verpachtet wurde. Weil aber Madam Frank keinen Ort hatte, um ihre große Wäsche zu trocknen, so breitete sie sie dort auf der Weide aus und ließ nicht davon ab, trotz allen Protesten der Pächter und den wiederholten Drohungen des Stadtkämmerers.

Jetzt machte ihr niemand mehr das Recht freitig, auf dem Dreieck Wäsche zu trocknen — es lohnte sich nämlich nicht.

Aber Madam Frank ging einen Schritt weiter und verlangte, die Ackerbauern sollten jemanden dafür anstellen, auf die Gänse und das Vieh achtzugeben, da ihr nicht damit gedient sein könne, wenn ihre Wäsche verdorben werde. Die Leute waren nicht sonderlich geneigt, darauf einzugehen, und sie hatte darum den Kampf von neuem aufgenommen.

Für ihren Teil bestand er darin, daß sie den Gänsen Schaden tat, wo sie nur konnte; und mehr als ein junges Gänschen wurde am Abend halb oder ganz tot draußen auf der Grenzmark gefunden. Für die Bürger kam es darauf an, festzustellen, daß sie der Täter war, um sie auf Entschädigung verlegen zu können, und hierzu bedienten sie sich der Nachbarinnen, denen es weder an der Zeit noch an der notwendigen Gefinnung fehlte, die allgemein verhasste Madam auszuspionieren.

Heute lag übrigens keine Wäsche von ihr zum Trocknen draußen. Aber es gehörte zu ihrer Natur, die Galle in Fluß zu erhalten, und da sie nun einmal auf gespanntem Fuß mit den Gänsen stand, warf sie im Vorüberreifen den kleinen Stein nach ihnen.

Die zornigen Bürger hätten sich daran ergötzt, wenn sie gesehen hätten, mit welcher Hast die Madam Frank sich zurückzog, nachdem sie den Stein geworfen hatte und Deckung drinnen hinter dem niedrigen Pförtchen suchte, das in den Gemüsegarten und nach dem Hofplatz führte.

Aber sie war nicht schnell genug, und bevor sie ihre langen nackten Beine durch das Pförtchen in Sicherheit brachte, hatte der große graue Gänserich sich für den heimtückischen Steinwurf gerächt und ein großes Stück Haut aus ihrem magern Unterschenkel gehakt.

Dieser Gänserich war das einzige männliche Wesen in der ganzen Stadt, das allein den Kampf mit der Madam Frank aufzunehmen wagte, und überhaupt das einzige Wesen, das zuweilen siegreich aus einem Strauß mit ihr hervorging und ihr deshalb Respekt einzusprechen vermochte.

Madam Frank liebte ihn nicht. Kaum zeigte sie sich vor dem Pförtchen, so war er sofort mit vorgekramtem Kopf da und hakte ihr nach den Beinen, und es war ihr unmöglich, in Ruhe vor ihm ihre Wäsche auszubreiten. Dann veranstaltete sie eine Jagd auf ihn, zum großen Vergnügen der Nachbarinnen, und der Gänserich schwebte ein kleines Ende vor ihr über die Grenzmark hin; aber sobald sie kehrt machte, war er ihr wieder auf den Fersen.

Und manchmal flog er gerade drauf zu und schlug sie mit seinem harten Flügelknotten.

(Fortsetzung folgt.)

Maschinenisten und Heizer.

15. Generalversammlung.

Zu den Verhandlungen, die am 25. August in Breslau im Gewerkschaftshaus begannen, waren als Vertreter des DDB der Genosse Baderi-Berlin und als Vertreter des DDB Genosse Kojur-Leipzig erschienen. Der Zentralvorstand des Genosse Liebe-Berlin bezeichnete die Tagung als eine solche der Krise, bei der die Delegierten alles aufbieten müßten, die Organisation vorwärts zu bringen. Als Vorsitzende wurden Liebe, Schlichting-Berlin und Jordan-Breslau gewählt, zu Schriftführern Hornusch-Danzig und Schwaninger-Saarbrücken.

In seinem Geschäftsbericht, aus dem wir bereits in Nr. 397 des „Vorwärts“ einen kurzen Ueberblick gaben, führte Liebe u. a. aus:

Große Sorge bereitet dem Vorstand die Erhebung eines Stundlohnes als Beitrag. Heute, wo wir feste Währung haben, löst sich an diesem Robus nicht mehr festhalten. Abgebaut wurde im Vorstand weit über die Hälfte der Mitarbeiter. Auch Geschäftsstellen mußten zusammengelegt werden. Der leitende Gedanke war dabei, die Interessenvertretung zu erhalten. Damit sind hohe Leistungen vollbracht worden. Für annähernd 100 Proz. unserer Mitglieder wurden Verbesserungen geschaffen. Die Organisationsarbeit, die die Einrichtungen des Verbandes gezeitigt haben, habe gute Arbeit geleistet. Mancher Angestellter hat gewissermaßen vegetiert, um den Verband zu erhalten. Täglich sah man am Verhandlungstisch, um Löhne abzuschließen, die für die Angestellten ein Phantasma waren. Dazu gehörten Herren, um als Angestellter Stand zu halten. Die

Einführung eines einheitlichen Bundesmitgliedsbuches

hatten wir auf dem Gewerkschaftstagg beantragt. Es für unsere Mitglieder einzuführen, bedarf des Verbandstagsbeschlusses. Ebenso ist das Streikunterstützungsreglement vom Bundesvorstand einheitlich geregelt worden. Das einheitliche Verwaltungsreglement konnte infolge der Inflation noch nicht geschaffen werden. Während der Berichtszeit erreichte unser Verband das dreißigjährige Bestehen. Er ist also nicht mehr eine junge Gewerkschaft. Erfahrungen liegen hinter uns. Die Verbandsgeschichte konnten wir leider heute noch nicht vorlegen.

Redner weist auf die im Saale hängenden Kartogramme hin, die über Mitgliederbewegung, Berufsgliederung, Gebietsverteilung usw. Auskunft geben. Unsere stabile Mitgliedschaft finden wir in der Schiffahrt und in der Elektrizität, weniger im Bergbau und in der Metallindustrie. Die Ausgaben für Streikunterstützung sind, gemessen an den übrigen Ausgaben, enorm gewesen. Für Bildungszwecke haben wir unsere Ausgaben auch steigern können. Heber die Frage

Industrie- oder Berufsorganisationen

ist zu sagen, daß an der letzten festgehalten wird. Der Gedanke der Industrieorganisation ist für uns praktisch nicht durchführbar, aus Gründen der Selbsterhaltung und der Interessen unserer Mitglieder. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung läßt sich nicht schematisieren. Wir sind Menschen und keine Nummern. Wir haben in Leipzig nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupteten: Der Gewerkschaftsbund wird zerfallen, wenn wir gezwungen werden, zur Industrieorganisation überzutreten. Es ist nicht Eigensinn, sondern die eisernen Verhältnisse zwingen uns, den Dingen Rechnung zu tragen.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht war sehr lebhaft. Es sprachen die Kollegen Herold-Bremen, Krahn-Stettin, Stehmann-Königsberg, Schwaninger-Saarbrücken, Roslitz-Nachau, Bentler-Karlsruhe, Balleng-Kiel, Jordan-Breslau, Lange-Senftenberg, Palm-Duisburg, Belau-Senftenberg, Heumann-Bremen, Böhler-München, Strobel-Swidau, Leich-Senftenberg, Bräuning-Ruhrort, Cellarius-Braunschweig und der Redakteur des Verbandsozgers, Kollege Ufermann-Berlin.

Im Schlußwort geht der Vorstandsvorsitzende Liebe auf die in der Diskussion geäußerten Wünsche und Beschwerden ein. Er weist besonders darauf hin, daß die Beschlüsse des Vorstandes unter Zustimmung aller Verbandsinstanzen gefaßt wurden.

Von den Beschlüssen, die zum Geschäftsbericht von der Generalversammlung angenommen wurden, sind die folgenden beachtenswert:

Das Bundesmitgliedsbuch findet Einführung im Verband, sobald der bestehende Vorrat der alten Bücher aufgebraucht ist.

Die Beschlüsse der 14. Generalversammlung betreffs der Dampfesselüberwachung und Heizerschulen sind weiter zu fördern.

Die Einführung der 16. Industriegruppe innerhalb der Betriebsräteorganisation des DDB, ist weiter anzustreben.

Der Zentralvorstand wurde beauftragt, dafür zu wirken, daß die Ausarbeitung der neuen Seemannsordnung auf dem schnellsten Wege Gesetzstraft erlangt; daß für die Seeleute eine Krankenkasse eingerichtet wird, worin auch die Familienmitglieder versichert sind; daß die Erwerbslosenunterstützung auch für die Seeleute Gehen wird; § 34 der Einkommensteuer dahin ergänzt wird, daß den Seeleuten für die Führung des zweiten Haushalts ebenso wie den Beamten usw. die Erleichterung zuteil wird.

Der Hauptvorstand wurde ferner beauftragt, sich mit dem DDB und den übrigen zuständigen parlamentarischen Stellen in Verbindung zu setzen und gemeinsam mit diesen danach hinarbeiten, daß

das steuerfreie Einkommen wesentlich erhöht

wird. Als Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Einnahmen die Lebensmöglichkeit nicht mehr gewährleisten, müssen steuerfrei bleiben.

Weiter aber, gemeinsam mit dem DDB, an maßgebender Stelle zu beantragen, daß die staatliche Erwerbslosenunterstützung so weit erhöht wird, daß sie drei Viertel des Stundenverdienstes eines Durchschnittsarbeiter beträgt. An Stelle der Fürsorge muß die Arbeitslosenversicherung erstrebt werden.

Für den bevorstehenden Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wurde ein Propagandabund geschaffen, zu dem jedes Mitglied einen Ortsbeitrag von 50 Pf. beisteuern muß.

Am zweiten Verhandlungstag erstattete der Hauptkassierer, Kollege Insel-Berlin, den Kassensbericht. Die Kassensverhältnisse geben erfreulicherweise einen Geisand entgegen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Seker-München berichtet hierauf über die Anträge des Selbstenausschusses zum Verbandsstatut. Dazu liegen zahlreiche Anträge vor. Die Frage der Wiedereinführung jänlicher Unterstützungszweige, wie sie vor dem Kriege im Verbandsbestanden, spielte eine große Rolle. Anders Zahlstellen forderten wieder, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht wieder eingeführt werde. Um nun das Verbandsstatut übersichtlich zu gestalten, wurde ein neuer Statutenentwurf zur Debatte gestellt.

Der Beitrag wird gestaffelt und beträgt je nach Wochenverdienst 0,60, 0,70, 0,80 und 1.— Mark pro Woche.

Streik-, Ausperrungs- und Währungsunterstützung beginnt von der dreizehnten Woche der Mitgliedschaft und beträgt in der höchsten Stufe 21,90 M. pro Woche, wozu noch Familienzuschläge treten.

Die Erwerbslosenunterstützung beginnt vom siebenten Tage und ist ebenfalls nach Höhe und Zahl der Beiträge gestaffelt.

Außerdem wird Umzugs- und Sterbeunterstützung gewährt. Die Sitzung tritt am 1. Oktober 1924, die Unterstühtungen am 1. Januar 1925 in Kraft.

Doktor Prag, der inzwischen eingetroffen, begrüßt den Verbandstag.

Es folgt die Aussprache über das neue Verbandsstatut.

Das Doct dazu nehmen die Kollegen Schotte-Hamburg,

Schwaninger-Saarbrücken, Krahn-Stettin, Brand-Baldenburg, Kahr-Hamburg, Stehmann-Königsberg, Böhler-München, Heumann-Bremen, Seidel-Berlin, Mathies-Köln, Wenzel-Forst, Kröger-Flensburg und der Verbandskassierer Insel-Berlin.

Der Vorsitzende begrüßt den inzwischen eingetroffenen Vorsitzenden des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Genossen Scheffel-Berlin. Wir können stolz sein, den Führer einer so großen Organisation aus unseren Reihen gestellt zu haben.

Genosse Scheffel-Berlin dankt für die freundliche Begrüßung. Die beiden Organisationen sind sich nicht fremd. Der Vorstand des Maschinenverbandes war im Juli 1916 Mitbegründer des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Wir haben durch unsere Tat gern unsere Solidarität auch gegenüber bewiesen.

Hierauf erhält der Kollege Seker-München das Schlußwort. Er macht dem Verbandstag die Konzeption, einen 50-Pfennig-Beitrag in der Sitzung mit aufzunehmen.

Darauf wurden folgende Anträge angenommen: 1. Der Ausschuh wird gewählt von der Geschäftsstelle Hamburg. 2. Der geringste Wochenbeitrag beträgt 50 Pfennig. Die Unterstützungssätze für die 50-Pfennig-Beitragsklasse werden dem Selbstenausschuh-Entwurf entsprechend festgelegt. 3. Im § 17 III werden die Worte „und Sektionen“ gestrichen. 4. Zur Vereinfachung ihrer dringlichen Bedürfnisse erhalten die Verwaltungsstellen mit besoldeten Funktionären (Geschäftsstellen) 25 Prozent, mit unbesoldeten Funktionären (Zahlstellen) 10 Prozent von den Eintritts- und Beitragsentnahmen.

Darauf wurden die Anträge des Selbstenausschusses zum Verbandsstatut mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Als Delegierte für den nächsten Gewerkschaftstagg werden gewählt: Liebe (Verbandsvorstand), Schuh-Ludwigsburg, Krahn-Stettin, Schotte-Hamburg, Lange-Senftenberg, Rosenberger-Essen, Wunderlich-Leipzig, Hornschuh-Danzig, Wegner-Frankfurt, Händgens-Köln.

Die Neuwahl des Hauptvorstandes (mit allen gegen zwei Stimmen) ergibt: 1. Vorsitzender: Hermann Liebe, 2. Vorsitzender: Rudolf Schlichting, Kassierer: Wilhelm Insel.

Als Beisitzer wurden gewählt: Karl Muesel-Köpenick, Josef Seker-München, Friedrich Brandis-Mühlhausen, Berthold Hippe-Leipzig.

Als Revisoren wurden gewählt: Mathies-Köln, Müller-Spandau, Erismann Krahn-Stettin.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Wirtschaft

Das Steigen des Brotpreises.

In neuester Zeit haben die Weizenpreise auf der ganzen Welt eine seit vielen Jahren nicht erreichte Höhe erreicht. Die Tatsache, daß im Getreidehandel eine immer weiter um sich greifende Vertrauenskrise in Erscheinung tritt, trägt sicher nicht wenig zu dieser Entwicklung bei. Bekanntlich hat sich in den Vereinigten Staaten und in Kanada der Getreidehandel mit den Farmern und Eisenbahnen zu einer Trustgesellschaft für die Getreideverwertung zusammengelassen, die mit einem Aktienkapital von 26 Millionen Dollar arbeitet und Vagetreinrichtungen für 50 Millionen Dollar besitzt. Eine Vorstellung, um welche Menge es sich handelt, gewinnt man bei einem Vergleich mit deutschen Maßeinheiten. Ein Bushel Weizen — um diesen handelt es sich in der Hauptsache — fast 27,2 Kilogramm. Der Trust, der besonders die Ausfuhr kontrollieren soll, kann demnach Vorräte von 1,36 Millionen Tonnen Getreide aufstapeln. An seinen Gewinnen sind die amerikanischen Farmer beteiligt.

Es lohnt, in diesem Zusammenhange festzuhalten, daß der „Daily Herald“, das Organ der englischen Arbeiterbewegung, in der Besprechung dieser Preissteigerung sagt, die gewaltige Haufe sei wahrscheinlich die Maschinenkapitalistischer Gruppen in den Vereinigten Staaten zuzuschreiben, die auf diese Weise die unzufriedenen Bauern beschwichtigen und sie davon abbringen wollen, für die Wahl De Follettes einzutreten. Der bürgerliche englische „Economist“ behandelt ebenfalls diese Frage. Er spricht natürlich nicht davon, daß die Kapitalisten ihre Macht für solche politischen Manöver einsetzen könnten, hingegen gibt die Zeitschrift unumwunden zu, daß die kürzlichen gewaltigen Preissteigerungen für Getreide wohl hauptsächlich auf Spekulationen zurückzuführen seien, die in Hinblick auf die bevorstehende schlechte Ernte gemacht werden. Weiter wird gesagt: „Die Haufe der Getreidepreise wird wahrscheinlich Rückwirkungen in der politischen Lage zeitigen und bei den Novemberwahlen eine große Rolle spielen.“

Die Geheimnisse der Wall-Street, eines der wichtigsten Zentren des Weltkapitalismus, sind — so bemerkt der VOB, dazu — nicht leicht zu erründen, doch ist die Tatsache schon vielsagend, daß bei der gegenwärtigen Weltordnung die Kapitalisten in der Lage sind, die Preise des wichtigsten Nahrungsmittels der Arbeiter im Interesse der Stabilisierung ihrer Macht höher zu schrauben. Solche Waffen sind allerdings scharf, und wenn z. B. die Russen die seit Jahren für die nutzlose Propagierung der Weltrevolution verausgabten Milliarden für den Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten und so zur Hebung ihrer Getreideproduktion verwendet hätten, die unter normalen Umständen auf dem Weltmarkt eine große Rolle spielen könnten, hätten sie im Interesse der Arbeiter unendlich viel mehr geleistet.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,75—20,25	Röstgetreide, lose ..	16,50—18,00
Gerstengraupen, lose ..	15,50—15,50	Kakao, fettarm ..	60,00—75,00
Haferslocken, lose ..	17,00—19,00	Kakao, leicht entölt ..	86,00—100,00
Hafersgrütze, lose ..	18,50—19,50	Tee, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Roggenmehl 0/1 ..	13,00—14,00	Tee, indischer, gepackt ..	400,00—470,00
Weizengrieß ..	18,50—20,00	Inlandszucker basis mel ..	37,50—38,50
Margarin ..	22,75—24,75	Inlandszucker Raffinade ..	39,00—41,00
70% Weizenmehl ..	16,50—17,50	Zucker Würfel ..	44,00—47,50
Weizen-Auszugmehl ..	18,75—19,50	Kunsthonig ..	30,90—36,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	16,50—18,00	Zuckersirup hell in Elm ..	40,00—43,00
Speiseerbsen, kleine ..	9,75—13,50	Speiseerup dunkl in Elm ..	27,00—31,00
Bohnen, weiße, 1er ..	20,00—24,00	Marmelade Einf. Erdbe ..	90,00—95,00
Langbohnen, handverles ..	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht ..	33,00—40,00
Linsen, kleine ..	20,00—29,50	Pflaumenmus in Eisern ..	30,00—36,00
Linsen, mittel ..	21,00—37,50	Semmel, lose ..	3,10—3,70
Linsen, große ..	39,00—46,00	Semmel, lose ..	4,00—4,70
Kartoffelmehl ..	18,75—20,25	Bratenschmalz in Tierces ..	82,50—83,00
Makkaroni ..	26,50—27,50	Bratenschmalz in Käbeln ..	83,50—84,50
Makkaronimehl ..	37,00—	Puree in Tierces ..	80,00—80,50
Schnittwurst, lose ..	19,00—22,50	Speisestärke in Kisten ..	40,00—61,00
Brunchreis ..	18,00—18,50	Speisestärke in Packung ..	62,—
Rangoon Reis ..	23,25—21,00	Speisestärke in Käbeln ..	62,—
Tafelreis, glasiert, Palma ..	30,00—36,50	Margarin, Handelsm. I ..	66,00—
Tafelreis, Java ..	30,00—36,50	desgl. II ..	60,00—63,00
Risgrütze, amerik. ..	85,00—90,00	Margarin, Spezialm. I ..	60,00—84,00
Ober-Pflaumen 90/100 ..	40,00—43,00	desgl. II ..	69,00—71,00
Pflaumen, einseitig ..	50,00—53,00	Margarin III ..	—
Cal. Pflaumen ..	60,00—	Molkereibutter, Fässern ..	190,00—201,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	65,00—70,00	Molkereibutter in Pack ..	201,00—206,00
Sultaninchen Caraburu ..	80,00—90,00	Landbutter ..	—
Korinthen, choice ..	70,00—75,00	Auslandbutter in Fässern ..	202,00—206,00
Mandeln, süße Bari ..	175,00—180,00	Corned beef 12½ lbs p. K. ..	34,75—37,00
Mandeln, bittere Bari ..	155,00—160,00	Ausl. Speck, geräuchert ..	75,00—85,00
Zimt (Cassia) ..	106,00—115,00	Quadratkäse ..	30,00—45,00
Kümmel, holländischer ..	35,00—40,00	Tiister Käse, vollfett ..	109,00—115,00
Schwarzer Pfeffer Singsap ..	188,00—115,00	Bayr. Emmenthaler ..	165,00—175,00
Weißer Pfeffer ..	150,00—155,00	Echter Emmenthaler ..	190,00—185,00
Rohkaffee Zentral ..	183,00—215,00	Ausl. ungezuck. Condensmilch 4½% ..	21,00—23,25
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—285,00	Inländische desgl. 4½% ..	16,50—17,50
Rohkaffee Brasil ..	230,00—290,00	Inl. Condensm. 4½/4 ..	20,00—26,50
Rohkaffee Zentral ..	300,00—375,00		

Aufwertung und Wohnungsherstellung.

Architekt Bernhard Wittmer schreibt uns:

Der Wertaufschlag um die Aufwertung beherrscht noch immer die Deffentlichkeit. Welche Wirkung würde nun eine nachmalige Neuordnung und Erhöhung der Hypothekenaufwertung auf die Herstellung von neuen Wohnungen, dem augenblicklich dringendsten Bedürfnis, hervorbringen?

Die Bauwürdigkeit, die anfängt, sich mit Hilfe der Hauszinssteuerhypotheken zu beleben, wird durch die Erhöhung der alten Vorkriegshypotheken auf jeden Fall ungünstig beeinflusst. Zum Bauen gehört nun einmal zuerst immer das Grundstück mit allem, was drum und dran hängt. Die Beleihungen, die heute möglich sind, werden nur gegeben, wenn ein Grundstück gering belastet oder schuldenfrei ist. Bei dem herrschenden Geldmangel kann sich der Geldgeber keine Beleihungsobjekte ausuchen. Auf hohe Grundstücksbelastungen gibt bei unbauten Grundstücken kein Geldgeber Kredit. Der Kreis der Bauenden ist heute schon fast nur auf diejenigen beschränkt, die ein eigenes schuldenfreies Grundstück besitzen oder an Hand haben, da die Geldmittel zum Ankauf oder zur vollkommenen Verzinsung einfach nicht vorhanden sind und erst wieder verdient werden müssen. Durch eine neue Unfähigkeit der Aufwertung würde der Kreis der Bauunternehmenden nicht noch weiter verkleinert. Eine Verzinsung der jetzt erstellten Wohnungen ist bei der geringen Kaufkraft der Bevölkerung ohnehin zweifelhaft. Die Miete in einer neuen Zwei- bzw. Dreizimmerwohnung wird unter Zugrundelegung der heutigen Finanzierungsbedingungen sich im mehrgeschossigen Mietshaus ohnehin auf circa 60 bis 110 M., je nach Lage, stellen. Diefelbe wird heute überwiegend in Form von Bauzuschüssen auf 5 Jahre vorausgezahlt. Eine Aufwertung wird ohne Zweifel die Miete der neu erstellten Wohnungen weiter steigern.

Es wird von den Aufwertungsinteressenten sogar behauptet, daß bei der Aufwertung dem Baumarkt Geld zuffließen würde. Dies würde etwa folgenden Kreislauf bedeuten:

Das Geld zum Bauen für Mittel- und Kleimwohnungen wird heute im wesentlichen durch die Masse der Mieter aus den alten Wohnungen aufgebracht und leider nur zum Teil direkt den Hauszinssteuerhypotheken zugeführt. Wenn nun in den alten Häusern eine Aufwertung der Hypotheken erfolgt, so würde diese Zinsbefriedigung sicher den Vorrang vor den Hauszinssteuerabgaben erhalten, d. h. die letzteren würden eingeschränkt. Weiter würde bei der Befreiung neuer Grundstücke die Aufwertung der hier vorhandenen Hypotheken gleichfalls eine Zinszahlung beanspruchen. Das Geld, welches heute zur Verfügung steht, muß erst den Zwischenweg über den Besitzer alter Hypotheken als stillen Ruhnieher gehen. Ob dieser Besitzer es aber dem Baumarkt nun wieder zuführt, erscheint zweifelhaft. Der Weg von der Geldquelle zur Verwendung soll aber möglichst kurz sein, da sonst zumiel Interessenten davon leben wollen, ohne mitsch produktive Arbeit zu leisten. Eher derartiger Umweg ist für unsere schwache Wirtschaft Belastung.

Man kann hierzu nicht einwenden, daß die Hypothek eine persönliche Schuld ist; juristisch ist sie es wohl, aber volkswirtschaftlich sind die Mittel zur Verzinsung oder zur Rückzahlung einfach nicht vorhanden. Sie müßten wieder auf Kosten der Gesamtwirtschaft beschafft werden, und hier werden die Mieter und die Wohnungsuchenden an erster Stelle die Leidtragenden sein. Der Bauunternehmer — ob Einzelperson oder Genossenschaft bleibt gleich — wird entweder die Verzinsung mit übernehmen müssen, oder das Bauvorhaben unterbleibt, weil die Finanzierung infolge der Vorbelastung nicht möglich ist. Durch den neuen Aufwertungsrummel hat die Abfindung der 1. Hypothek schon wieder infolge neuer Hoffnungen der Gläubiger zu Finanzierungsschwierigkeiten beim Bauen Anlaß gegeben. Der Gläubiger braucht die aufgewertete Hypothek nicht einzuziehen, das Unternehmen kann nicht ausgeführt werden; die Wirtschaft leidet darunter. Es besteht ferner noch die Gefahr, daß die Grund- und Bodenpreise durch eine weitere Aufwertung noch mehr gesteigert werden. Diese sind an der Leistungsfähigkeit unserer Gesamtwirtschaft gemessen, zurzeit immer noch zu hoch.

Die Wohnungsuchenden, die meist schwerere seelische und körperliche Leiden als den Verlust einer Geldsumme bzw. Hypothek abtragen müssen, haben ein Recht zu verlangen, daß hier der Wohnungsherstellung nicht neue Belastungen und Schwierigkeiten entstehen.

Die Industrialisierung Südafrikas.

Die Ausbeutung der Gold- und Diamantengruben war bis zum Krieg die wichtigste Betätigung in der Südafrikanischen Union. Infolge des Krieges hat sich aber — so schreibt der VOB — dort eine Fabrikindustrie entwickelt, die sowohl was den Wert der erzeugten Waren, wie die Zahl der beschäftigten Arbeiter anbelangt, gleichwertig neben der Ausbeutung der Goldgruben steht. In den Jahren 1914 bis 1920 hat sich die Zahl der Industriebetriebe verdoppelt. Es gibt dort 7000 Fabrikanlagen, die im Jahre 1921 Waren im Werte von beinahe 100 Millionen Pfund erzeugten. Während der Wirtschaftskrise im Jahre 1921 ist die Produktion zurückgegangen, doch ist diese Krise bereits zum größten Teil überwunden. Die Fabriken beschäftigen 60000 europäische Arbeiter, dreimal so viel als die Goldgruben, und ungefähr so viel Eingeborene wie die Goldgruben. Der Ertrag der Fabrikproduktion wird jährlich auf 36 Millionen Pfund geschätzt, ebensoviel wie der Ertrag der Goldgruben. 43 Millionen Pfund jährlich werden für Rohstoffe, 20 Millionen Pfund für Rohstoffe ausgegeben. Die Profitrate in der südafrikanischen Industrie ist außerordentlich hoch, wozu die Dividenden der zumeist in englischen Händen befindlichen Gesellschaften zugehen.

Reichsindex unverändert. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Wittwoch, den 27. August, ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben. Sie beträgt das 1,14 Billionenfache der Vorkriegsziffer.

Geschäftliche Mitteilungen.

Optische Klagen. Als wir zu diesem Artikel nachträglich erschienen, hat die Preise für Trauungsmittel der Optik nicht überall als hoch zu bezeichnen. So verlangt u. a. die Firma Optiker Josef Koblenz ihre Waren billiger als vor dem Kriege und hat dort namentlich die Preise für wichtige Bedarfsartikel, in erster Linie Augenläser, außerordentlich gesenkt. Auch die Preise für andere optische Artikel der Firma Koblenz, wie Fernrohre, Mikroskope usw., bewegen sich unter Friedensstand und sind die Gegenstände z. B. als Geschenkmittel für die bevorstehende Konfirmationshochzeit erwünscht.

September-Englisch-Weste. Unter diesen Umständen veranlaßt die Firma Leopold-Brosch, Berlin C. 2., Spandauer Str. 8, ob. Rang, den 1. September, einen sehr angelegenen Verkauf. Es werden bei dieser Gelegenheit die bevorstehenden Geschenke der Festlichkeitsindustrie in den Verkauf gebracht. Auf das morgen erscheinende Inserat wird besonders hingewiesen.

Wetter für Berlin und Umgegend. Zunächst noch ziemlich heiter und mäßig warm, dann zunehmende Bewölkung und vielfach leichte Regenfälle bei aufsteigenden nebligen Wäuden und etwas Abkühlung. — Für Deutschland. Wieder langsam westwärts fortschreitende Trübung und besonders im Westen leichte Regenfälle.

Die Bekämpfung des Ungeziefers bei Mensch und Tier ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspflege. Mit Cuprex gelingt die Ungezieferbeseitigung schnell, sicher, leicht und unauffällig, sowie ohne gesundheitliche Nachteile. Cuprex ist das wirksamste und beste Mittel gegen Kopfläuse und übertrifft alle bisherigen Mittel, weil es das Ungeziefer samt Eiern (Nisse) mit einem Male vernichtet. Apotheken und Drogerien halten Cuprex in kleineren und größeren Packungen vorrätig.

Die Annahme der Dawes-Gesetze.

Deutschnationaler Umfall in dritter Lesung.

Bei der zweiten Sitzung des Reichstags sind Haus und Tribünen stark besetzt. Am Regierungstisch haben Reichsminister...

Kurz vor 3 Uhr eröffnet Präsident Wallraf die Sitzung von neuem.

Die Einzelberatung der sämtlichen Gesetze zum Dawes-Gutachten ist geschlossen, es finden nur noch die Abstimmungen zur dritten Lesung statt.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten unter großer Unruhe des Hauses abgelehnt.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten werden in der Einzelabstimmung das Bankgesetz, das Privatnotenbankgesetz...

Angenommen wird dagegen wieder von derselben Mehrheit ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsparteien...

Die Einzelabstimmung des Bankgesetzes, das Privatnotenbankgesetz, das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs in Rentenbankscheinen...

Angenommen wird auch die Entschließung der Deutschnationalen, die von der Reichsregierung fordert, sie solle spätestens binnen zwei Jahren...

Zu einer kurzen Erklärung erhält das Wort nach Erledigung der Abstimmung über die Entschließungen...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

73 Stimmen bei 84 Stimmenthaltungen abgelehnt. — Die 73 Stimmen dafür (Kommunisten und Nationalsozialisten) machen kein Drittel des Reichstags aus.

Die Entschließungen.

Runmehr wird über die Entschließungen abgestimmt. Einstimmig wird u. a. angenommen eine Entschließung beim Postenaufbringungs-gesetz für die Industrie die Freigrenze von 20 000 M. nicht zu unterschreiten.

Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärt nachträglich, daß ein großer Teil der Mitglieder des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gegen diesen Antrag gestimmt hätten, aber nur weil sie viel mehr erreichen wollten.

Die kommunistische Entschließung betr. Sozialversicherung kommt gegen die Stimmen der Antragsteller zu Fall. Auch die übrigen von den Kommunisten beantragten Resolutionen werden abgelehnt.

Eine Mehrheit findet sich für die von den Nationalsozialisten vorgeschlagene Entschließung, die die sofortige Vorlage eines allgemeinen Amnestiegesetzes für politische Straftaten verlangt.

Angenommen wird auch die Entschließung der Deutschnationalen, die von der Reichsregierung fordert, sie solle spätestens binnen zwei Jahren von dem Rechte Deutschlands auf Nachprüfung seiner Leistungsfähigkeit Gebrauch machen...

Zu einer kurzen Erklärung erhält das Wort nach Erledigung der Abstimmung über die Entschließungen Abg. v. Graefe (Natsoz): Meine Partei hält den heutigen Tag, den Jahrestag der ruhmreichen Schlacht bei Tannenberg...

Als Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Vizepräsident Dr. Bess erklärt unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten, die ihrerseits stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung fordern...

Abg. Kah (Komm.) ergeht sich unter lärmenden Grundgebungen seiner Fraktionskollegen in Beschimpfungen der Sozialdemokratie. Von Zentrum, Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten ist ein Antrag eingegangen, der die Regierung ersucht, die verfassungsrechtliche Frage der Reichsamnestie bezüglich ihrer Wirksamkeit auf Urteile der Länder der erbgültigen Klärung durch den Staatsgerichtshof zuzuführen.

Abg. Cohnmann (Dnat.) weist die Angriffe des Abg. Kah gegen den Richterstand zurück.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wirft dem Abg. Kah vor, er habe mit seinen unerhörten und unbegründeten Angriffen gegen die übrigen Parteien den Opfern der Klassenjustiz nur geschadet.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, er habe den Richterstand nicht in seiner Gesamtheit angegriffen; aber er halte daran fest, daß es Richter gibt, die aus politischen Motiven bewußt das Recht beugen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin. Einblendungen für diese Rubrik sind gratis an das Parteisekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 1. Trepp. rechts, zu richten.

Stadtverordnetenfraktion.

Montag, den 1. September, abends pünktlich 6 Uhr: außerordentlich wichtige Fraktionskollision im Zimmer 109 des Rathauses alle Mitglieder der Fraktion müssen anwesend sein.

Achtung! Die Kassierer der 16., 41. und 70. Abteilung haben trotz allen Wahnens die Abrechnung über die Reichstagswahl noch immer nicht geliefert. — Was machen in diesen Abteilungen die Revisorinnen? J. U.: U. Pagels.

18. Kreis. Sonnabend, den 30. August, abends 7 Uhr, im Lokal Hermann, Baumgartenweg, Baumgartenstr. 89, Versammlung der Bildungsausschüsse des gesamten Kreises, sowie der Mitglieder der Arbeitervereine der Arbeitervereine, der Jugend und sämtlicher Funktionäre der Partei...

Morgen, Sonntag, den 31. August: 20. Mt. Familienausflug nach Hohen-Schönhausen-Wilmannsberg, Lokal Rufe, Treffpunkt nach 3 Uhr am Festplatz. Gönne mitkommen.

21. Mt. Landtag. Gemeinlich verbunden mit Bauernvereine (Kongress 3 Uhr im Restaurant „Deutsches Haus“, Dittmannstr. 41/42, am Bahnhof Dönhofsplatz (Straßenbahn 96).

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

22. Mt. Der Genosse Hermann Bellina, Choriner Str. 40, 10 verstorben. Die Einäscherung hat bereits am 22. d. M. stattgefunden.

Arbeiter Sport.

Reisebüro-EBB. 24. Am Sonntag, den 31. August, empfängt Kreisrat auf ihrem Platz, Graf, Schönhauser Allee 200/21 zum Reizspiel. Im ersten Spiel kommt Reizebüro EBB mit 3:0 (Schöten). Ob Reizebüro ein solches Resultat wiederholen kann, erachtet man als fraglich. Beide Mannschaften treten sehr stark und mit neuen Kräften an. Bei dem hohen Niveau, über das beide Mannschaften verfügen, ist außer Sport zu erwarten.

Reisebüro-EBB. 24. Am Sonntag, den 31. August, empfängt Kreisrat auf ihrem Platz, Graf, Schönhauser Allee 200/21 zum Reizspiel. Im ersten Spiel kommt Reizebüro EBB mit 3:0 (Schöten). Ob Reizebüro ein solches Resultat wiederholen kann, erachtet man als fraglich. Beide Mannschaften treten sehr stark und mit neuen Kräften an. Bei dem hohen Niveau, über das beide Mannschaften verfügen, ist außer Sport zu erwarten.

Reisebüro-EBB. 24. Am Sonntag, den 31. August, empfängt Kreisrat auf ihrem Platz, Graf, Schönhauser Allee 200/21 zum Reizspiel. Im ersten Spiel kommt Reizebüro EBB mit 3:0 (Schöten). Ob Reizebüro ein solches Resultat wiederholen kann, erachtet man als fraglich. Beide Mannschaften treten sehr stark und mit neuen Kräften an. Bei dem hohen Niveau, über das beide Mannschaften verfügen, ist außer Sport zu erwarten.

Reisebüro-EBB. 24. Am Sonntag, den 31. August, empfängt Kreisrat auf ihrem Platz, Graf, Schönhauser Allee 200/21 zum Reizspiel. Im ersten Spiel kommt Reizebüro EBB mit 3:0 (Schöten). Ob Reizebüro ein solches Resultat wiederholen kann, erachtet man als fraglich. Beide Mannschaften treten sehr stark und mit neuen Kräften an. Bei dem hohen Niveau, über das beide Mannschaften verfügen, ist außer Sport zu erwarten.

Reisebüro-EBB. 24. Am Sonntag, den 31. August, empfängt Kreisrat auf ihrem Platz, Graf, Schönhauser Allee 200/21 zum Reizspiel. Im ersten Spiel kommt Reizebüro EBB mit 3:0 (Schöten). Ob Reizebüro ein solches Resultat wiederholen kann, erachtet man als fraglich. Beide Mannschaften treten sehr stark und mit neuen Kräften an. Bei dem hohen Niveau, über das beide Mannschaften verfügen, ist außer Sport zu erwarten.

Reisebüro-EBB. 24. Am Sonntag, den 31. August, empfängt Kreisrat auf ihrem Platz, Graf, Schönhauser Allee 200/21 zum Reizspiel. Im ersten Spiel kommt Reizebüro EBB mit 3:0 (Schöten). Ob Reizebüro ein solches Resultat wiederholen kann, erachtet man als fraglich. Beide Mannschaften treten sehr stark und mit neuen Kräften an. Bei dem hohen Niveau, über das beide Mannschaften verfügen, ist außer Sport zu erwarten.

Reisebüro-EBB. 24. Am Sonntag, den 31. August, empfängt Kreisrat auf ihrem Platz, Graf, Schönhauser Allee 200/21 zum Reizspiel. Im ersten Spiel kommt Reizebüro EBB mit 3:0 (Schöten). Ob Reizebüro ein solches Resultat wiederholen kann, erachtet man als fraglich. Beide Mannschaften treten sehr stark und mit neuen Kräften an. Bei dem hohen Niveau, über das beide Mannschaften verfügen, ist außer Sport zu erwarten.

